

***Texte zur Kritik der Bevölkerungs-
politik und -technologie
1996 - 1998***

U. Finkeldei/J. Djuren

*HerausgeberInnengemeinschaft
Paula & Karla Irrliche
www.irrlliche.org
Seit 2001*



Copyright für alle hier publizierten Texte von Jörg Djuren: CC BY SA



Die hier publizierten Text sind auf Dauer auch über den Tod des Autors hinaus vom UrheberInnenrecht freigestellt, dies gilt für alle NutzerInnen, die auch ihre Folgeprodukte wieder vom UrheberInnenrecht freistellen - CC BY SA -. Insbesondere sind Verwertungen durch 'sogenannte' Verwertungsgesellschaften (VG-Wort/GEMA/usw.) diesen ausdrücklich und dauerhaft untersagt - Eigentum ist Diebstahl.

Die Weiterverbreitung, Nutzung und Spiegelung der Texte ist ausdrücklich erwünscht.

Inhalt

05 - Thesen zur Modernisierung der Bevölkerungspolitik oder wer kocht dem Banker sein Chop Suey?

(Erstveröffentlichung - Reader: Nachhaltige Weltbilder, Hinter den Kulissen Nachhaltiger Entwicklung - Hannover 1998)
- Thesen zur Kritik der bevölkerungspolitischen Instrumentalisierung feministischer Begriffe durch Weltbank und den Nachhaltigkeitsdiskurs regierungsnaher 'Nichtregierungsorganisationen' -

23 - Nachhaltigkeit und westliche Weiße, die den schwarzen Kindern, Jugendlichen und Frauen helfen, damit sie wieder lachen können

(Erstveröffentlichung - Reader: Nachhaltige Weltbilder, Hinter den Kulissen Nachhaltiger Entwicklung - Hannover 1998)
- Kritik der Deutschen Stiftung Weltbevölkerung mit Sitz in Hannover -

40 - Muttermaschine - Muttertier - Naturrechtsideologie und § 218 -

- Analyse und Kritik des Bundesverfassungsgerichtsurteils zum § 218 1993 -

Thesen zur Modernisierung der Bevölkerungspolitik oder wer kocht dem Banker sein Chop Suey?

Alles muß sich ändern damit alles beim Alten bleibt - dies gilt auch für die Bevölkerungspolitik und ihre Funktionär(Inn)e(n). Entsprechend wird die Bevölkerungspolitik nun "frauenfreundlich" verpackt und den Anforderungen aktueller Wirtschaftsentwicklungen angepaßt. Von KritikerInnen dieser Denkungsarten wurde für diese Form modernisierter Herrschaftspolitik der schöne Begriff Glokalisierung geprägt, global sich ausbeuten lassen und lokal die Ausbeutung optimieren. Wir wollen im folgenden einige Thesen zu aktuellen Entwicklungen zur Diskussion stellen.

Ausgangspunkt Überbevölkerung

'Die Demographie stellt Daten über Ressourcen (wie Brutto-sozialprodukt, Nahrungsmittelproduktion etc.) und über die Anzahl von Menschen abstrakt gegenüber und errechnet eine optimale Bevölkerungszahl, indem sie die - eigentlich von gesellschaftlichen Verhältnissen bestimmten - Daten über

*benötigte und produzierte Ressourcen statistisch setzt. Sie nehmen so die Form von Naturgesetzen an.*¹

Bevölkerungspolitik dient der gezielten Ausblendung gesellschaftlicher Herrschaftszusammenhänge und der Festlegung auf die eine 'zivilisatorisch fortschrittliche', westliche, kapitalistische, der konsumorientierten freien Marktwirtschaft verpflichtete und nun auch nachhaltige Gesellschaftsform als der einzig denkbaren und daseinsberechtigten. Eine Aussage über die Folgen einer bestimmten Bevölkerungsdichte läßt sich nur kontextuell treffen; dieser Kontext ist aber selbst Teil der politischen Verhältnisse. Gäbe es eine objektive Maßzahl, müßte vor allem Europa als vollkommen überbevölkert angesehen werden. Doch während jeglicher Bevölkerungszuwachs jenseits der goldenen Industriegrenzen Klaustrophobie in deutschen Heimen auslöst; sorgt ein Sinken bundesdeutscher Vermehrungsquoten für düstere Prognosen des Aussterbens und weitere Überfremdungspropaganda.

'Die Bevölkerungswissenschaft trennt so die planende Menschheit als Subjekt von der zu regulierenden Bevölkerung - als analog der "Natur" - zu beherrschendem Objekt. Diese ideologische Konstruktion legitimiert die Definition einer Gruppe von Menschen als überzählige, ökonomisch und ökologisch nicht integrierbare "Überbevölkerung" und spricht ihnen damit die Existenzberechtigung ab. Bei der Selektion einer als überzählig definierten Gruppe kann Bevölkerungspolitik sich auf rassistische Selektionsmechanismen berufen,

¹ [Susanne Schulz - "Feministische Bevölkerungspolitik?" - aus: unbekannt]

*oft ohne diese offen auszusprechen (vgl. Aly/Heim und Pinn/Nebelung).*²

Der Fokus auf die Bevölkerungszahl ist auch im statistischen Denken selbst unsinnig. Andere Maßzahlen haben eine um ein vielfaches größere Bedeutung für den Ressourcenverbrauch und ökologische Folgen (z.B. Bruttosozialprodukt/Industrieproduktion). Die Schwankungen, die durch die industrielle "Entwicklung" verursacht werden, übertreffen bei weitem den Effekt des Bevölkerungswachstums. Deutlich wird dies z.B. in der Tatsache, daß eine weltweite "Ober-Schicht" für Luxuskonsum und Machterhalt mehr als 100 mal soviel verbraucht, wie die Mehrheit der Bevölkerung z.B. in Bangladesh. Die industrielle Entwicklung in Malaysia, Indonesien oder China ist für den Ressourcenverbrauch der Region und die ökologischen Folgen weitaus bedeutsamer als die Bevölkerungsentwicklung.

Die Bevölkerungspolitikpropaganda dient der Ablenkung von den realen Ursachen sozialer und ökologischer Probleme. Statt "Ober-Schichten" und Länder der "Ersten Welt" als VerursacherInnen von Verelendung, Migrationsbewegungen und ökologischen Katastrophen zu benennen, findet eine altbekannte Schuldzuweisung statt. Populistisches *Cherchez la femme*: ohne Verhütung wird nicht gevögelt; jedenfalls nicht, wenn die Nachkommenschaft potentiell dunkelhäutig, arm und zahlreich sein könnte. Spaltungspolitik dieser Art funktioniert selbstverständlich nicht nur auf internationaler, sondern auch auf nationaler Ebene, wie die rassistische Hetze gegen AusländerInnen (siehe z.B. Gerhard Schröder) in der BRD

² [Susanne Schulz - "Feministische Bevölkerungspolitik?" - aus: unbekannt]

ganz klar zeigt. Das Motto lautet leicht verändert "Spalte und herrsche", was z.B. in dem vielfältig verwendeten "wir in Europa", "uns" und die Anderen deutlich wird. Als gäbe es eine natürliche rassistische bzw. nationalistische europäische Interessenidentität aller EuropäerInnen. Wenn "wir" bedroht werden, dann wohl eher durch das Management von Mercedes und anderen und die in die Gottesposition gerückte freie kapitalistische Marktwirtschaft als durch "die InderInnen", "die ChinesInnen", usw..

Der planende Mensch und das zu beherrschende Objekt haben dabei ein Geschlecht und eine Rasse und vor allem eine Schichtzugehörigkeit. Überwiegend männliche Planer und wenige Planerinnen, überwiegend Weiße und auf jeden Fall Angehörige der Oberschicht definieren das sinnvolle Gebärverhalten von Frauen vor allem im Trikont. Die Bevölkerungspolitik rekurriert nach wie vor auf die malthusianischen Thesen der gefährlichen Vermehrung der Armen und auf das sexistische Zugriffsrecht des Mannes auf die Frau. Dies gilt nach wie vor, auch wenn in der modernen Variante auf die Eigenverantwortlichkeit und Selbstbestimmung der Frauen rekurriert wird, da es nur darum geht, die eigene kapitalistische Vernutzung unter immer restriktiveren Bedingungen optimal nun selbst organisieren zu müssen. Auf diese Modernisierung der Herrschaftsverhältnisses werden wir im folgenden etwas genauer eingehen.

Grundsätzlich gilt für uns aber, eine emanzipatorische Adaption der Bevölkerungspolitik halten wir für ausgeschlossen. Wer dieses Gesellschaftssystem mit den entsprechenden

Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnissen für richtig oder notwendig hält, muß allerdings die Bevölkerungspolitik als sinnvoll erachten, da jene das System stabilisiert und Teil globaler Modernisierungsprozesse des Kapitalismus ist.

Die Bevölkerungspolitische Rhetorik ist von ihren Grundannahmen her rassistisch, sexistisch, sozialrassistisch und fordert den Genozid. Dies gilt auch für die öffentliche Rhetorik in den 90er Jahren, was wir im folgenden in Ansätzen ausführen werden.

Bevölkerungspolitik als Modernisierung der Reproduktion

Das, was häufig als Randökonomie, als das Andere der Global-City ausgegrenzt wird, ist bei genauerer Betrachtung der diese High-Tech-Kathedralen reproduzierende Bereich, sei es über die Zurverfügungstellung von billigen Rohstoffen, billigen Arbeitskräften mit hoher und niedriger Qualifikation oder durch die, die High-Tech-City versorgenden Dienstleistungsunternehmen. Eine(r) muß halt nachts die Bankzentrale wischen, dem /der BankerIn sein/ihr Chop Suey kochen, die Ökolebensmittel für die Mittelschicht halbwegs billig produzieren, die Kinder großziehen und die Ausbildung finanzieren, da die Industrie dies vernachlässigt, usw.. Die Industrie der Zentren lebt von der Peripherie.³

³ [Saskia Sassen - "Wirtschaft und Kultur in der Global City" - aus: Forum Wissenschaft 2/95 - Marburg Juni 1995]

Der reproduktive Bereich, insbesondere auch der Umgang mit Kindern, Mutterschaft u.a. sind ebenso kapitalistisch überformt wie andere Lebensbereiche auch. Mutterschaft selbst, wie wir sie kennen, ist ein Produkt der Neuzeit (seit der französischen Revolution).⁴ In diesem Sinn ist dieser reproduktive Bereich ein zentrales Segment des kapitalistischen Wirtschaftens. Auf der Basis der Ausbeutung der unentlohnten Hausarbeit basiert eine wesentliche Quelle des Mehrwerts, der im Industriebereich erwirtschaftet wird.

Ausgehend von diesen Thesen ist der reproduktive Bereich also eine Ausgangsbasis kapitalistischer Produktion. Das heißt für die KapitalistInnen ist eine Organisation des reproduktiven Bereichs entsprechend ihren Bedürfnissen eine zentrale Notwendigkeit, um die eigenen Profite auszuweiten. Wir begreifen die moderne Variante der Bevölkerungspolitik als eine Modernisierungspolitik dieses reproduktiven Sektors, um die reproduktive Infrastruktur für die Weltmarktproduktion zu schaffen.

Die Verbindung bevölkerungspolitischer Maßnahmen mit einkommensschaffenden für Frauen (z.B. durch die Weltbank) ist nicht einer emanzipatorischen Freundlichkeit geschuldet. Da der reproduktive Sektor des Weltmarktstandortes nicht nur Kinder, sondern auch Dienstleistungen zur Verfügung zu stellen hat, und außerdem die Ausbildung dieser Kinder nun zusätzlich übernehmen soll, ist es nur logisch, die Frauen diese Dienstleistungen als billige Zusatzarbeit erledigen zu lassen und sie außerdem dazu zu bringen, das so erwirtschaftete Geld und einen weiteren Teil ihrer Zeit wiederum für

⁴ [Elizabeth Badinter - Mutterliebe Geschichte eines Gefühls vom 17. Jahrhundert bis heute - München 1988]

die ausgelagerten Produktionskosten (Ausbildung der Arbeitskräfte/Kinder und in einigen Ländern auch die Dienstleistungsinfrastruktur) aufzuwenden. Auf diese Weise spart die Wirtschaft doppelt. Geleistet kann dies von den Frauen nur werden, wenn sie für die industrielle Zuverlässigkeit/Dienstleistung zumindest teilweise von der Gebärpflicht freigestellt werden. Mami hat nun zwei Kinder und verdient etwas hinzu, da Papis Gehalt ja auch nicht mehr sicher ist. Diese Strukturen lassen sich nicht nur in Ländern des Trikont finden.

Dieser Entwicklung entspricht eine Modernisierung der bevölkerungspolitischen Rhetorik und der Methoden der Durchsetzung bevölkerungspolitischer Maßnahmen.

Hieß es noch 1971 bei Paul Ehrlich dem "Vater" der Bevölkerungsrhetorik in der BRD; *'Krebs ist ein hemmungsloses Vermehren von Zellen, die Bevölkerungsexplosion ist ein hemmungsloses Vermehren von Menschen. Behandelt man nur die Symptome der Krebserkrankung, wird sich der Kranke zuerst vielleicht besser fühlen, unter Umständen jedoch sterben, oft unter unerträglichen Schmerzen. Ein ähnliches Schicksal hat die Welt von der Bevölkerungsexplosion zu erwarten, wenn nur deren Symptome behandelt werden. Wir müssen uns umstellen und versuchen, die Krebsgeschwulst zu entfernen, statt die Symptome zu behandeln.'*; so äußert sich der Mainstream der Bevölkerungstechnokratie heute inhaltlich zwar ähnlich rhetorisch aber in Watte gepackt; *'Immer mehr Menschen erkennen die Auswirkungen, die ein rasantes Wachstum der Weltbevölkerung mit sich bringt: Ver-*

*schärfung von Unterernährung, Armut, Umweltzerstörung und eine wachsende Kluft zwischen armen und reichen Ländern.*⁵

Die wesentliche Änderung in der Bevölkerungspolitik ist nicht eine Veränderung der Sichtweise sondern eine Veränderung in der Art und Weise wie die "Seuche", Fruchtbarkeit (der Frauen im Trikont), bekämpft wird.

Die politischen LobbyistInnen einer antinatalistischen Politik haben im Zeichen von AIDS begriffen, daß eine "Seuche" nicht durch Zwangsmaßnahmen zu bekämpfen ist, sondern durch eine Disziplinierung der Körper und ihrer Lüste, eine Veränderung des Hygieneverhaltens. Dementsprechend geht es in den neueren Programmen der BevölkerungsplanerInnen nicht mehr primär um Zwang (z.B. Zwangssterilisationen) sondern um die Internalisierung der Familienplanungsideologie durch die Frauen. Selbstverständlich wird dabei das technokratische Planungs- und Funktionsstreben westlichen Modells ohne jegliches Hinterfragen auf die gesamte Menschheit projiziert - zum Wohle des Patriarchats, das somit technokratisch modernisiert wird.

Mit der Formel "frei und verantwortlich" wird dabei vor allem die Verantwortlichkeit der Frauen für die Zukunft, sei es die ökologisch globale oder die des regionalen Wirtschaftsstandortes, oder die für die Ausbildung der Kinder, betont. So wurde mit dieser Formel die feministischen Forderungen gegen sich selbst gewendet und gleichzeitig instrumentalisiert. Deutlich wurde dies insbesondere auf der Weltbevölkerungskonferenz in Kairo. So heißt es in der Kritik von Christa Wichterich bezogen auf die Weltbevölkerungskonferenz; Der

⁵ [Erhard Schreiber - 1. Vorsitzender der Deutschen Stiftung Weltbevölkerung - Vorwort Jahresbericht Hannover 1997]

(un)heimliche Sieger von Kairo ist das Bevölkerungsestablishment. *'Es konnte sich weitgehend im Hintergrund halten, denn die Frauenlobby übernahm einen Teil seiner Arbeit: Mit dem Reformkonzept der reproduktiven Rechte verschaffte sie der Bevölkerungspolitik ein phantastisches Facelifting und eine Legitimation. (...) Grundsatzkritik an diesem Konzept wurde in Kairo nur noch vereinzelt geäußert und ging im Chor der Apologeten unter.'*⁶

Ein noch heimlicherer Gewinner sind die Regierungen des Nordens; durch die Fixierung auf Bevölkerungspolitik werden imperialistische Ausbeutungsverhältnisse zu deren Profiteuren sie gehören, exzessiver Ressourcenverbrauch und Konsum nur noch am Rande als auch existente Probleme benannt. *'Durch die Ökologisierung [und Ökonomisierung] des Problems wird das Recht auf Geburtenkontrolle zu einer Pflicht zur Geburtenkontrolle, zu einer ökologischen Verantwortung gegenüber der gesamten Menschheit und unserem Planeten [und zur ökonomischen Verantwortung für den Wirtschaftsstandort und die zukünftige Bereitstellung eines gut ausgebildeten Arbeitkrätereservoirs, der Kinder]. Jede Frau, die mehr als die Norm-Kinder-Zahl von zwei zur Welt bringt, erscheint als verantwortungslos. (...) Die normative Kraft des Technischen ist beständig am Werke. Zivilisationstheoretiker nennen dies den Ersatz von Fremdzwängen durch Selbstzwänge.'*⁷

⁶ [Christa Wichterich - "Postfeministische Politik bei der Weltbevölkerungskonferenz in Kairo" - aus: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis Nr 38 Köln 1994]

⁷ [Christa Wichterich - ""Frei und verantwortlich" Geburtenkontrolle, Reproduktionstechnologie und Bevölkerungspolitik zwischen Zwang und Freiwilligkeit" - aus: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis Nr 37 Köln

Ausgegangen wird dabei von einem soziobiologischen Menschenbild, das Frauen primär auf ihre Gebefähigkeit reduziert, auf Mutterschaft als quasi natürliche Entwicklung, und dem heterosexistischen Stereotyp der Kleinfamilie als Vorbild⁸, gleichzeitig wird aber mit der Medizinalisierung und den Metaphern das Bild der verschlingenden Frau, der potentiell gefährlichen sexualisierten Frau und Mutter, die der medizinischen und sozialen (Selbst)Disziplinierung bedarf, erzeugt. Das Konstrukt der (Selbst)definition von Frauen primär über das biologische Faktum ihrer Gebärfähigkeit ist dabei Ausgangspunkt eben dieser Ideologie, da es die Reduktion von Frauen auf Biologie und Natur, die kontrolliert werden muß, bereits beinhaltet. Dem entspricht das Bild des Mannes als Menschenmännchen mit quasi natürlicher Territorialkonkurrenz⁹ und den EuropäerInnen und US-AmerikanerInnen, insbesondere den Männern, die ihren Frauen die Verhütung gestatten, als TrägerInnen "der Zivilisation".¹⁰

Die bevölkerungspolitischen Programme sind an eine bestimmte Organisationsform der generativen Reproduktion

1994]

⁸ *'Die Konferenz [Weltbevölkerungskonferenz Kairo] konzentriert sich auf die quantitative, antinatalistische Seite von Bevölkerungspolitik und die Länder des Südens. Sie dient der Universalisierung der Zwei-Kind-Norm-Familie'* [Christa Wichterich - "'Frei und verantwortlich" Geburtenkontrolle, Reproduktionstechnologie und Bevölkerungspolitik zwischen Zwang und Freiwilligkeit" - aus: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis Nr 37 Köln 1994]

⁹ [Irenäus Eibl Eibesfeld - "Fremdenfurcht und Ausgrenzung" - aus: Süddeutsche Zeitung 7.2.92]

¹⁰ [Ingo Loose - "Eine feste Burg .." - DISS-Texte Nr. 26 Duisburg 1993]

gebunden, wie dem Programmtitel "Familienplanung" unschwer zu entnehmen ist. Sie streben *'mit dem Konzept "Small family, happy family" nicht nur die Verringerung der Kinderzahl auf eine sogenannte "Nettoreproduktionsrate" (eine Frau ersetzt sich selbst durch eine Tochter) an; sie zielen zugleich auf eine Durchsetzung des westlichen Modells der Kleinfamilie. Andere Haushalts- und Verwandtschaftsstrukturen sind nicht vorgesehen. Eine Vielzahl von Projektionen und Verhaltensanforderungen sind an diese "happy family" gekoppelt: Die bevölkerungspolitische Propaganda verbindet das Kleinfamilienmodell mit dem Versprechen von Konsummöglichkeiten, mit einem westlichen Ideal von Liebesbeziehungen, mit einer Vorstellung von Sexualität als "natürlichem" heterosexuellen Geschlechtsverkehr (vgl. Keyzers/Smyth 1989), der durch die Techniken der Verhütung nicht beeinträchtigt werden soll, mit "qualitativer Mutterschaft", also der Anforderung an einen möglichst "gesunden" und leistungsfähigen statt zahlreichen Nachwuchs etc..'*¹¹

Die Frauen sind dabei auch in aktuellen Darstellungen der Bevölkerungskontrolleure nicht nur Opfer der besonderen patriarchalen Verhältnisse in ihren Ländern, sondern auch Opfer ihrer Gebärfähigkeit. Die Darstellungsmethoden mit ihren Verbreitungscharakteristika, exponentiellen Wachstumskurven und medizinischen und sozialwissenschaftlichen Erklärungsmodellen¹² konstituieren wiederum das Bild des Bevölkerungswachstums als Seuchendiskurs.

¹¹ [Susanne Schulz - "Feministische Bevölkerungspolitik?" - aus: unbekannt]

Die Darstellung des Bevölkerungswachstums und der Frauengesundheit verkoppelt mit den Thema AIDS in vielfältigen Statistiken, Fertilitäts- und Mortalitätsraten bedürfen der expliziten Benennung der Fruchtbarkeit der Frauen als Krankheit nicht mehr, um eben diesen Diskurs zu transportieren. Dem entspricht die Lösungssuche im Bereich der Medizintechnologien, der Gentechnik; am deutlichsten vielleicht in der (Wort)schöpfung des 'Antischwangerschaftsimpfstoffes'.¹³

Die verwendeten Metaphern sprechen eine nach wie vor deutliche sexistische und rassistische Sprache und verknüpfen den so sachlich wirkenden Diskurs mit den alten sexistischen und rassistischen Stereotypen. *"Menschliche Sprengsätze" ticken, "Zeitbomben" werden gezündet, Bevölkerungen "explodieren", "demographische Raketen" gehen hoch, "Millionengeschwader" rücken an. Neben militaristischer Diktion erfreut sich das In-Szene-Setzen von Naturkatastrophen großer medialer Beliebtheit und Wirksamkeit, um eine Gefahr aus dem Süden zu beschwören. Begriffe wie "Flutwelle", "Menschenlawine", "Springflut" von Flüchtlingen oder die "Wucht der Bevölkerungswoge" naturalisieren die Menschen*

¹² siehe z.B. [DSW u. Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V. - "Weltbevölkerung und Entwicklung" - Bonn/Hannover 1993/1994] - [DSW (Deutsche Stiftung Weltbevölkerung) - 'Hoffnungen und Realitäten - Zur Überwindung der Kluft zwischen Vorstellungen und Erfahrungen der Frauen auf dem Gebiet der Fortpflanzung' - Hannover 1995]

¹³ [Ingrid Schneider - "Imun gegen Schwangerschaft" - E.coli-bri Nr.8 Hamburg 1992] Der selbe Diskurs der potentiell verschlingenden Mutter, der Schwangerschaft als Krankheit, findet sich auch in der zunehmenden Medizinalisierung, insbesondere auch durch die Gentechnologie, der Schwangerschaft in Europa. In diesem Sinn widerspricht sich das Engagement eines Franz Alt gegen die Liberalisierung der Abtreibung auch nicht mit seinem Engagement für eine Bevölkerungskontrollpolitik unter dem Stichwort - Ökologischer Marschallplan (siehe Fußnote 19)

*im Süden zur nichtvergesellschafteten Masse Mensch, zu unkontrollierter Biomasse, zur Naturkatastrophe, die auf den Norden zurollt.*¹⁴

Die verwendeten Metaphern sind nicht geschlechtsneutral. Sie greifen in der psychischen Sozialisation des bürgerlichen Subjekts verankerte Ängste und unbewußte Phantasien auf, rekurren auf die Gefahr des Ichverlustes des Subjektes, auf das Überflutetwerden, Grenzüberschreitungen, Landesgrenzen, Grenzen der Gewohnheiten, Grenzen des Anstandes, Körpergrenzen, bzw. auf das Zerstückeltwerden, eine andere Form der Ichauflösung.¹⁵

Diese Gefahr des Ichverlustes ist in der bürgerlichen männlichen Sozialisation in der BRD aufs engste verknüpft mit der Konstruktion der männlichen sexuellen Identität, den über sie stattfindenden Ausgrenzungen des Anderen und ihrer Projektion auf das andere Geschlecht, Frauen. Die Angst vor dem Ichverlust, vor dem Überflutetwerden durch das Andere, dem Verschlungenwerden ist nicht zu trennen von Sexualängsten und mit ihnen einhergehenden Kontrollzwängen und Disziplinierungen der potentiell bedrohlichen weiblichen Sexualität.

Das heißt, Sexismus und Rassismus, die Kontrolle des Anderen und der weiblichen Sexualität, schneiden sich in der bevölkerungspolitischen Kontrolle der Zeugungsfähigkeit der Frauen im Trikont, der anderen Frau, ihres Körpers. Die

¹⁴ [Christa Wichterich - ""Frei und verantwortlich" Geburtenkontrolle, Reproduktionstechnologie und Bevölkerungspolitik zwischen Zwang und Freiwilligkeit" - aus: Beiträge zur feministischen theorie und praxis Nr 37 Köln 1994]

¹⁵ [Eva Engelhardt - "Fluten und bedrohliche Explosionen" - aus: blätter des iz3w Nr 197/1994]

bevölkerungspolitischen Metaphern gewinnen eben aus dieser Doppeldeutigkeit, die sich im Zielpunkt bevölkerungstechnokratischer Machtausübung, der Kontrolle der Körper von, der Zeugungsfähigkeit von Frauen im Trikont, wiederfindet, ihre Wirksamkeit. Insofern ist es durchaus auch kein Zufall, daß sich Bevölkerungskontrollpolitik fast ausschließlich als Kontrolle der Zeugungsfähigkeit von Frauen konstituiert und Männer praktisch nicht betrifft. Auch dies nur eine Fortführung westlicher patriarchaler Reproduktionsbedingungen: obwohl die Sterilisation von Männern einen wesentlich weniger gefährlichen medizinischen Eingriff darstellt, lassen sich weltweit erheblich mehr Frauen als Männer sterilisieren.

Bevölkerungskontrollpolitik und männliche Machtausübung zur Kontrolle von Frauen mittels ihres Körpers, und damit auch die Konstitution des Geschlechts überhaupt, sind nicht voneinander zu trennen.

Auch in der konkreten politischen Praxis zeigen sich diese Verknüpfungen imperialistischer Interessen mit sexistischen und rassistischen Praktiken. Die von den BevölkerungstechnologInnen massiv forcierte Entwicklung von Langzeit- oder Dauerverhütungsmitteln wie der *'Antischwangerschaftsimpfung'* und Hormonimplantaten vergegenständlichen den Zwang und entziehen den Frauen insbesondere im Trikont zunehmend die Selbstbestimmung in Bezug auf die eigene Fruchtbarkeit. Die Doppelmoral, mit der Frauen im Trikont und MigrantInnen zur Geburtenkontrolle und zur Abtreibung gedrängt werden, und gleichzeitig gegen eine Liberalisierung des Abtreibungsrechtes polemisiert wird¹⁶, weist auf den ras-

¹⁶ So tritt zum Beispiel Franz Alt, der als Moderator des ARD-Magazins mit Großaufnahmen von Embryonen gegen eine Liberalisierung

sistischen Grundgehalt dieser Politik , die auch weiterhin zwischen wertem, weißen Kindern in Europa und den USA, und unwertem Leben, Kindern im Trikont und sozial deklassierter Schichten, differenziert.

Legitimiert und getragen wird dieser Diskurs in nicht unerheblichen Maße von NRO (Nicht-Regierungs-Organisationen) neuen Typs.

Damit sind Organisationen gemeint, die primär aus einem kleinen Kern professioneller PolitlobbyistInnen bestehen, die Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse nicht in Frage stellen und Probleme über eine Verbesserung der Kommunikation bei gleichzeitiger Arbeitsplatzbeschaffung für sich selbst zu lösen behaupten. Da diese Organisationen abhängig sind von öffentlichen Geldmitteln, bzw. anderen GeldgeberInnen, mutieren sie immer mehr zu alternativen Dienstleistungsunternehmen zur Produktion politischer Legitimität und der Einbindung von Opposition.¹⁷

Ergänzt wird diese Entwicklung durch NRO, die direkt von der Industrie neu gegründet werden und über hervorragende Kontakte zu Politik und Presse verfügen, ein Beispiel dafür ist die DSW, die Deutsche Stiftung Weltbevölkerung in Hannover, die sich gerade auf die EXPO 2000 vorbereitet.

Als quasi "objektive", da "interessenungebundene", Sachwalter, können sie mit einem großen öffentlichen Vertrauensbonus operieren. Sie werden damit zu Türöffnern für eine Instru-

des Abtreibungsrechtes polemisierte, in der Initiative "Ökologischer Marschallplan" unter anderen für die Durchführung von Bevölkerungskontrollprogrammen an. Zielpunkt ist dabei die Bevölkerungsbegrenzung im Trikont. [blätter des iz3w Nr 197/1994 Seite 51]

¹⁷ [Rolf Schröder - "Coaching für Raubmörder" - Konkret 4/96]

mentalierung herrschaftskritischer Diskurse für ganz andere Zwecke. Ein Beispiel hierfür ist die Nutzung ökologischer Krisenszenarien für die Legitimation bevölkerungspolitischer Maßnahmen.¹⁸

Diese NRO arbeiten darüber hinaus mit dem populistischen Image der Propaganda der Tat; so heißt es bei der DSW, daß man genug vom Reden und Diskutieren habe und jetzt Handlung notwendig sei. Das Ergebnis: - Wir haben nun so viel für sie getan; wenn es ihnen immer noch nicht besser geht, haben sie wirklich selber schuld, sie haben ja wirklich alle Chancen gehabt - . Zu verstehen ist dabei "unter allen Möglichkeiten" wohl die Möglichkeit, sich mit Basteleien etwas hinzuverdienen zu können.

Eine Politik des Empowerment, die wirklich den Frauen dient, müßte ihnen eigenständige Lebensmöglichkeiten eröffnen.

Ein Ansatz könnte die Förderung von Strukturen sein, die ein weltmarktunabhängiges Leben ermöglichen, also insbesondere nicht zum reproduktiven Segment der Weltmarktproduktion gehören. Keine Subsistenzproduktionen, mit denen Frauen durch Zusatzarbeit das zur eigenen Reproduktion nicht hinreichende Gehalt aufbessern.

Weltmarktimmun (dies ist nicht unser Ansatz, aber die reformistischen Ansätze sind, und dies wollen wir hiermit sagen, nicht einmal in sich schlüssig) müßten einkommensschaffende Maßnahmen gefordert werden, die ausreichend hohe Einkommen gewährleisten, um eine Familie zu ernähren (eine sicherlich in keiner Weise umsetzbare Forderung). Mit

¹⁸ [Ulli Kulke - "Wer bremst die Menschheit?" - Wochenpost Nr 2/Berlin 1994]

Weltbankkrediten aufgebaute Dienstleistungsubunternehmen, mit denen Frauen als Zuverdienst das Familieneinkommen aufbessern können, sind ziemlich genau das Umgekehrte.

Eine vertretbare Form von Bevölkerungspolitik gibt es aufgrund der rassistischen und sexistischen Grundlagen jedes bevölkerungspolitischen Ansatzes für uns nicht, wir lehnen jede Politik dieses Inhaltes, sei sie pro- oder antinatalistisch, ab. Unabhängig davon ist Menschen das Wissen über Sexualität einschließlich verschiedenster 'Verhütungs'methoden und die Möglichkeit zugänglich zu machen.

Die hier dargestellten Thesen wurden von uns entwickelt für den Kongreß 'Nachhaltige Weltbilder - Hinter den Kulissen nachhaltiger Entwicklung' - Hannover 1998.

U. Finkeldei / J. Djuren, 1998
(Erstveröffentlicht - Reader: Nachhaltige Weltbilder, Hinter den
Kulissen Nachhaltiger Entwicklung - Hannover 1998)

Nachhaltigkeit und westliche Weiße, die den schwarzen Kindern, Jugendlichen und Frauen helfen, damit sie wieder lachen können

Jörg Djuren / Ute Finkeldey

Die Deutsche Stiftung Weltbevölkerung mit Sitz in Hannover hat sich in der kurzen Zeit nach ihrer Gründung zu einer der im Bereich der Bevölkerungspolitik publizitätsträchtigsten Organisationen entwickelt. Um diese erfolgreiche Öffentlichkeitspolitik soll es im folgenden gehen. Eine Politik, die anknüpft an das Neusprech eines weichgespülten Konservatismus à la Geißler, Süßmuth und Töpfer und die Nachhaltigkeitsideologie.

Eine Einschätzung der von der DSW geförderten Projekte war uns nicht möglich, da uns Informationen darüber von unabhängiger Seite nicht zugänglich waren. Wir halten diese Projekte aber auch für zweitrangig hinsichtlich der Beurteilung der Arbeit der DSW. Die primäre Tätigkeit der DSW ist die Vermittlung spezifischer Ideologeme über Bevölkerungswachstum, eine Politik der Angst, die anknüpft sowohl an das Bild der Bevölkerungsbombe und ökologische Katastrophenszenarien als auch an die rassistischen Stereotype von Überfremdung der BRD. Für ihre Informationsarbeit gibt die DSW

ca. 1/3 mehr aus als für die Projektförderung.

Zum Teil muß sich die Linke in der BRD an die eigene Nase fassen, sie hat durch ihre Politik nicht wenig dazu beigetragen, daß das Hausieren mit der Apokalypse allgemein politikfähig geworden ist. Eine Apokalypse erfordert aber sofortiges Handeln, sie läßt keinen Raum für das Begreifen struktureller Gewaltverhältnisse, oder gar für politische Utopien. Die Zeit der Apokalypse ist die Zeit des protestantischen Unternehmertums, des Millionärs der heute seine Frau die Teller waschen läßt. Und so ließe sich denn die Geschichte der DSW auch als ein Märchen erzählen.

'Es war einmal in Hannover ..

im Dezember 1991, da überlegte ein großzügiger Unternehmer, Erhard Schreiber, etwas zu tun gegen die Geißel der Menschheit, und so gründete er die DSW (Das ist nicht das Deutsche Student(Inn?)en Werk sondern die deutsche Stiftung Weltbevölkerung). Wagemutige MitstreiterInnen fand er in anderen guten Menschen, ehemals erstrangigen PolitikerInnen (Geißler, Süßmuth), wichtigen Wissenschaftlern (Prof. Dr. Udo E. Simonis, Prof. Ernst Ulrich von Weizsäcker), und Tagesschauprominenz (Rolf Seelmann-Eggebert, Sabine Christiansen), die immer gerne ihren Namen und ihr Foto gedruckt sehen. Auch ein großzügiger Drogeriebesitzer (mit einem Umsatz von einigen 100 Millionen), Dirk Rossmann, schloß sich ihnen an. Ein professionelles Marketingteam wurde zusammengestellt um nun auch denjenigen, denen

Greenpeace noch zu revolutionär ist, eine Möglichkeit zu eröffnen sich ein gutes Gewissen zu kaufen. Wer sieht nicht gerne schwarze Kinder lachen. Und wichtig möchten ja auch alle sein. so ließen sie sich denn mit allen wichtigen Leuten fotografieren, Shakehands beim Bundespräsidenten, Shakehands bei der UNO, Shakehands beim Ministerpräsidenten, ..

So weit so schlecht, an sich könnte hier die Geschichte ihr Ende finden. Eine weitere reaktionäre Stiftung, die konservative Politik lobbyiert und Schluß. So einfach ist es aber nicht. Die DSW arbeitet nicht mit dem biedereren Image der Deutschen Bank, sondern mit modernstem Outfit. Die Stiftung verkauft sich als modern, global denkend, lokal handelnd, emanzipativ, Graswurzelinitiativen unterstützend (Vielleicht sollte die graswurzelrevolution Hannover auch mal einen Antrag stellen?), und natürlich nachhaltig. Klaus Töpfer als ehemaliger Umweltminister ist nicht nur ein Freund der DSW, er scheint auch in einer Reihe von Punkten ihr politisches Vorbild zu sein. Vor allem in der Form zentrale strukturelle Probleme durch Aktionismus zu überdecken.

Mit der Vorhand bezuschusse ich irgendwo am Deich ein Windkraftrad mit 10% wobei ich gleichzeitig mit dem Arsch der Atomlobby zum Durchbruch ver helfe. Das ganze verkaufe ich dann als notwendigen Pragmatismus der sich gegen rechte Starrköpfigkeit und linken Dogmatismus durchsetzen muß.

Ein Aktionismus der sich dabei auf kleine Projekte richtet, die für sich durchaus Sinn machen können, dabei aber die grundsätzlichen Hintergründe, soweit es sich um kapitalistische Herrschaftsverhältnisse handelt, ausblendet. Die unkritische

Zusammenarbeit der DSW mit der Weltbank, die nach wie vor in vielen Ländern eine Verarmungspolitik betreibt, in dem sie über das Druckmittel der Verschuldung eine neoliberalistische Wirtschaftspolitik erzwingt. ist nur ein Beispiel, das auf die doppelte Botschaft dieser Art von Aktionismus hinweist. Dadurch das zwar Armut, mangelnde Bildung und nicht vorhandene soziale Institutionen angeprangert werden, durch die Ausblendung einer politischen Analyse aber die strukturellen Ursachen verdeckt werden, erscheint das Ganze als ein Problem mangelnder Moralität und Initiativkraft der Einzelnen und der Gesellschaft, bzw. mangelnden Bewußtseins über die Problemlage. AIDS und Armut werden eins, als sei Armut eine Naturkatastrophe, bzw. eine Krankheit, die durch geeignete Hygieneregeln, bzw. Verhütungsmittel, bekämpft werden könnte. Die DSW begreift ihre Aufgabe denn auch primär als Erziehungsauftrag, mit moderner Pädagogik, also einer fortschrittlichen und der Zeit angepaßten Herrschaftstechnik. Aufklärungsprojekte für Jugendliche machen den größten Teil der DSW-Projekte aus.

Auch hier muß wieder gesagt das über den Sinn dieser Projekte im einzelnen keine Aussage möglich ist, die Kritik bezieht sich auf das dahinterstehende Modell von entwickelten Ländern, die nach Aussage der DSW weiter vorne stehen, und unterentwickelten Ländern, einem Modell das die Gesellschaftssysteme der westlichen Industriestaaten als Zielpunkte einer angestrebten Entwicklung weltweit definiert. Dies bedeutet vor allem Kapitalismus, bzw. freie Marktwirtschaft, und parlamentarische Demokratie. Eingeschränkt wird dies nur durch den Begriff der Nachhaltigkeit, die auch in den

westlichen Industriestaaten anzustreben sei. Richtiger wäre hier wohl zu sagen umgesetzt wird dies durch die Nachhaltigkeitsideologie, das alles verschlingende 'wir' des *"Natürlich müssen auch wir lernen, nachhaltiger zu leben."* Zum Beispiel, in dem Spenderinnen mal eben zu einem Flug nach Afrika auf Kosten der TUI eingeladen werden, wie es die DSW in einer ihrer Werbebroschüren darstellt. Es geht bei diesem Beispiel nicht um die Amoralität oder Moralität eines solchen Tuns, sondern um die sich darin widerspiegelnden gesellschaftlichen Verhältnisse, die im Begriff des nachhaltigen Wirtschaftens, wie er z.B. von U. v. Weizsäcker (also einem Kuratoriumsmitglied der DSW) geprägt wurde, als zu erhaltende gesetzt werden und darin festgeschrieben werden. Kritikerinnen der Wuppertaler Studie *"Zukunftsfähiges Deutschland"* von U. v. Weizsäcker sprechen dementsprechend deutlich von der ökologischen Modernisierung der Diskriminierung. Im einzelnen stellen die Kritikerinnen fest, *"Die technische, Vernutzung optimierende Effizienz, die in ihrer Entwicklung und Anwendungen entsprechenden Experten vorbehalten bleibt, wird durch die Suffizienz - d.h. den Verzicht - von jederfrau untermauert. Ein ökologisch ökonomisch erfolgreiches Deutschland teilt sich nach dem Modell der Studie in einen effizienten, weltmarktorientierten Hochlohnsektor und einen Niedriglohnsektor. Diese 'formelle Ökonomie' formiert sich wie gehabt auf dem Rücken eines unbezahlten Reproduktionssektors. Dessen Bedeutung wird zwar von den Autoren mit moralischen Appellen aufgewertet, wobei Jedoch geflissentlich übersehen wird, daß gerade die beiden letzten Bereiche ohnehin zum 'natürlichen Betätigungsfeld' von*

Frauen gerechnet werden. Das heißt das die Kosten dieses Umbaues In erster Linie von Frauen getragen werden. Konkrete Einsparungsvorschläge richten sich aufgrund des individualistischen Ansatzes der Studie in erster Linie an die Haushalte, nicht etwa an die Industrie oder gegen die Unmenge von Ressourcen, die zur Aufrechterhaltung dieser Art von Wirtschaftens und Regierens nötig sind. Sie stellen sich dar in der Abschaffung von Küchengeräten, Energieeinsparungen, Ernährungsumstellung, die in erster Linie Frauen erhebliche Mehrarbeit abverlangen."

Die Zuspitzung der Besitzverhältnisse, die Entdemokratisierungen in medialen Scheindemokratien, die das Entwicklungsmodell der westlichen Industriegesellschaften zunehmend auszeichnen sind für diese Leute offensichtlich Zeichen einer funktionierenden Demokratie.

Wenn in der Selbstdarstellung der DSW das Kuratoriumsmitglied Rolf Seelmann-Eggebert schreibt, *"von Zeiten in denen wir lernen müssen, den Gürtel enger zu schnallen, weil wir zu lange über unsere Verhältnisse gelebt haben"* wird vielleicht noch deutlicher welche Ideologeme hier bedient werden. Da, die für die DSW in leitenden Positionen Tätigen, alle samt zur Oberschicht der BRD gehören, gilt für sie zweifelsohne, daß sie eben zu den Gewinnern der Umverteilung der letzten Jahre gehören, also alles andere tun als den Gürtel enger schnallen.

Das Abheben auf mangelndes Bewußtsein führt geradezu zwangsläufig zu einer zentralistischen Beschlußfassung der Wissenden. Vor allem dann, wenn mittelfristig, wie zu erwar-

ten, da die kapitalistischen Strukturen noch ausgebaut werden, die Probleme, trotz aller Pädagogik und allen *"guten Willens"*, nicht gelöst werden, sondern weiter wachsen, wird mit diesen Argumentationen der Boden für totalitäre Politikkonzepte geebnet. Dann wird es auch immer näherliegender, daß sich die *"Hygieneregeln"* nun gegen die *"kranken Individuen"* selbst richten. Eine solche Politik würde natürlich von der DSW als gegen Menschenrechte gerichtet und als ineffizient abgelehnt, mit durchaus ehrlicher Entrüstung, tatsächlich bereitet aber eben diese Form eines atheoretischen Liberalismus den Boden für totalitäre *"Lösungen"*.

Die Strategie der Reduktion von grundlegenden gesellschaftlichen Problemen auf die Frage einer mangelnden Anwendung technokratischer und bürokratischer Fachkompetenz ähnelt der der EXPO. Dabei werden ehemals linke emanzipatorische Begriffe in den Wissenschaftskanon durch diese Fachleute übernommen, um sich damit eine zum Teil verlorengegangene politische Legitimität erneut anzueignen. Die Begriffe werden ihres politischen Inhaltes weitestgehend entleert. Damit dient dieses Aufgreifen letztendlich der Verhinderung einer Politik von Unten.

Für die DSW ist es somit auch kein Problem gleichzeitig mit den immer wiederkehrenden Hinweis auf das angeblich durch das Bevölkerungswachstum ausgelöste Problem der Einwanderung nach Europa, wörtlich, *"Die Massen der illegalen Einwanderer"*, auf rassistische Ängste zu bauen und gleichzeitig an anderer Stelle sich für das Empowerment der Frauen und gegen Gewaltverhältnisse auszusprechen. Diese Verbindung

macht geradezu die Modernität dieser Stiftung aus. Welche hier nicht mitmacht, ist fortschrittsfeindlich, hält an überkommenen Politikmustern fest, hat letztendlich Schuld an allem Bösen durch ihre/seine Verhinderungspolitik.

Wir sitzen alle im selben Boot, der Multimillionär aus Hannover mit dem hungernden Kind aus Afrika. Fragt sich nur wer auf wem?

Hier wird alte Politik mit einem Schuß Multikulti und Gleichstellungsrhetorik in neue Flaschen gefüllt. Gesellschaftliche Widersprüche oder gar so etwas böses wie sich widersprechende politische Interessen gibt es nicht.

Ethnoästhetik & Negergeld

Dementsprechend ist die Ästhetik der Werbefrospekte, lächelnde, bunt angezogene, schwarze Kinder, Jugendliche und Mütter, dazwischen einige andere Ethnien auf vielen vielen Fotos in guter Druckqualität. Ihnen gegenüber die fast ausschließlich weißen Helferinnen und Fachleute, überwiegend Männer in Anzügen mit Renommee. Die Botschaft ist eindeutig wir aus den *"entwickelten Regionen"* müssen den Frauen und Kindern in den *"weniger entwickelten Regionen"* Hilfestellung leisten, damit sie genauso glücklich werden wie wir. Die guten weißen Väter und Mütter helfen ihren Enkelinnen und den Frauen in der Dritten Welt auf den rechten Weg. Mit der Unterstützung von *"Graswurzelinitiativen"*, *"Frauenförderung"* und *"Selbsthilfeinitiativen"* in Afrika, Asien und Latein-

amerika wird in der BRD reaktionäre Politik gemacht. Diese Gruppen müssen als Feigenblatt für die schon benannte Propaganda herhalten, die als ein Hauptproblem für die Ökologie das Bevölkerungswachstum angibt. Die im freien Zugang zu Verhütungsmitteln (eine Forderung die unabhängig davon Unterstützung verdient) das adäquate Konzept zur Bekämpfung der Armut, der Diskriminierung von Frauen, der Eindämmung von AIDS, u.a. sieht. So heißt es in der Selbstdarstellung der DSW im Vorwort des 1. Vorsitzenden Erhard Schreiber, *"Immer mehr Menschen erkennen die Auswirkungen, die ein rasantes Wachstum der Weltbevölkerung mit sich bringt: Verschärfung von Unterernährung, Armut, Umweltzerstörung und eine wachsende Kluft zwischen armen und reichen Ländern."* Bei gleichzeitiger Ausblendung der durch die internationale Politik der BRD und ihrer Industriekonzerne betriebenen Politik ist dies, zusätzlich zu der schon genannten Naturalisierung politischer Probleme, Weißwäscherei.

Wenn sich hier die oberen Zehntausend mit nicht einmal einer halben Millionen DM an Spendeneinnahmen, gestreut auf 20 Projekte, ein gutes Gewissen kaufen, ist dies angesichts der Schäden, die eben dieselben Leute in ihrer Alltagspolitik zu verantworten haben, ein lächerlicher Ablaßhandel. Die DSW ist eine professionelle Marketingagentur für das Thema Bevölkerungspolitik und davor noch für die Eigenwerbung und Selbstdarstellung.

Das darbende Brot für die Welt Kind entspricht dabei nicht mehr dem zeitgemäßen Outfit, heute fördert mann/frau lieber *"innovative, fertilitätsrelevante Pilotprojekte für junge Menschen und die Entwicklung von Netzwerken entsprechender*

Selbsthilfeinitiativen" Die rassistischen Implikationen einer Politik die Menschenrechte nicht als politisches Anrecht ansieht, sondern als etwas das aus Gefälligkeit/Mitleid großzügig gewährt wird, haben sich dabei nicht geändert. Das Auslagern politischer Aufgaben an private Stiftungen verschleiern eine Politik der Elendserzeugung und entmündigt die Betroffenen ein zweites mal. Dies gilt für sozialpolitische Aufgaben in der BRD ebenso wie für die internationale Politik.

Nichte Eden statt Onkel Tom

Die Politik der DSW ist aber nicht nur rassistisch sie ist implizit auch sexistisch trotz aller Rhetorik des Empowerment der Frau. Die Infantilisierung erwachsener Männer unter rassistischen Gesichtspunkten ist heute offensichtlich selbst in konservativen Kreisen nicht mehr tragbar. Bei Frauen und Jugendlichen ist dies wie in den Publikationen der DSW zu sehen völlig unauffällig. Lauter in die Kamera strahlende farbige Männer würden wohl selbst der DSW seltsam anmuten. Die Eingrenzung auf die Darstellung von Frauen und Kindern rekurriert letztendlich auf sexistische Stereotype in unserer Gesellschaft, Frauen als hilfsbedürftig aber auch folgsam, Mädchen schlägt man nicht. Darüber hinaus werden Frauen auf ihre Gebärfähigkeit reduziert.

Auf der anderen Seite wird aber auch immer wieder die Relevanz der Verbesserung der gesellschaftlichen Stellung von Frauen und des politischen Empowerments betont. Damit wird aber auch auf die Frau als ewig unverbrauchte Res-

source rekurriert. So erscheint 'die Frau' gleichzeitig stark und schwach.

Wo sollen die Frauen, die eh schon den überwiegenden Teil der anfallenden Arbeit leisten, nun auch noch diese Kraft hernehmen. Hinterher wird es heißen, die Chance hätten sie doch gehabt. Damit wird eine weitere Zangenbewegung aufgemacht, die 'vernünftige' Frau übernimmt die ihr angetragene Verantwortung, setzt sich einer Medizinalisierung ihrer Fruchtbarkeit aus und erwirtschaftet nebenher das Einkommen zur Ernährung der Familie. Damit wird ein Geschlechtsklischee der verantwortlichen Mutter verstärkt, daß heute bereits in Teilen der Welt dazu führt, daß Frauen sich prostituieren um ihre Familien ernähren zu können, während die Männer sich absetzen. Notwendig wäre hier eine Politik die tatsächlich den Bruch mit bestehenden Geschlechtsklischees betreibt. Das dies eine politische Auseinandersetzung bedeuten würde ist klar, die Vermeidung dieser Auseinandersetzung läuft aber für die Frauen auf die modernisierende Festschreibung ihrer Rolle hinaus. Trotzdem mögen einige der von der DSW geförderten Projekte tatsächlich eine Erleichterung für die betroffenen Frauen bedeuten, diese ist aber nicht Lösung des zugrunde liegenden Problems, sie schafft vielleicht ein wenig Handlungsspielraum. Das zu Kritisierende ist, das die DSW ihre Politik als Lösung verkauft.

Gerade der Rekurs auf Gleichstellungspolitik, auf einkommensschaffende Maßnahmen für Frauen, auf reproduktive Selbstbestimmung, instrumentalisiert auch diese Politik noch für die eigenen Interessen einer konservativ liberalen Nomenklatur. Über die Frauen und Jugendlichen in den Projekten

kann hier natürlich gar nichts ausgesagt werden, nur über das Klischee zu dem sie verarbeitet werden.

Der instrumentelle und okkupierende Umgang der DSW mit dem Begriff einer Politik gegen die Diskriminierung von Frauen wird auch an anderer Stelle deutlich. Obwohl die DSW feststellt, daß der größte Teil der Müttersterblichkeit aus den Verhältnissen resultiert unter denen illegale Abtreibungen stattfinden, spricht sich die Stiftung explizit nicht für eine Legalisierung aus. Der Lösungsvorschlag der DSW ist ein anderer, besser gesagt immer derselbe, denn diejenige, die rechtzeitig verhütet, treibt nicht ab, und stirbt damit auch nicht an den Folgen einer illegalen Abtreibung. So kann sich denn die Stiftung ganz frauenfreundlich gegen die Müttersterblichkeit engagieren ohne es sich mit den AbtreibungsgegnerInnen zu verderben, ja sich sogar als wahrhaftige Verhindererin von Abtreibungen profilieren. Den Spruch kenn' ich übrigens auch von zu Hause, *"Frauen, die heute abtreiben, haben ja selber schuld, sie hätten ja verhüten können"*.

Außerdem bekämpft die DSW nicht nur das *"Bevölkerungswachstum"* sondern auch AIDS. In dieser Verbindung wird nahegelegt auch die Gebärfähigkeit als Seuche anzusehen die mit entsprechenden Mitteln bekämpft werden muß. Auch hier wird wieder Politik mit Ängsten gemacht, nicht nur in der BRD, schließlich hat sich *"die Anti-AIDS-Arbeit (.) als idealer Einstieg für die Arbeit mit Jugendlichen auf dem Gebiet der reproduktiven Gesundheit erwiesen"*.

Alle wollen nur Ihr Bestes

Der Wolf hat Kreide gefressen. Auch konservativ liberale Kreise kommen nicht mehr daran vorbei festzustellen, daß die soziale Situation in den *"Entwicklungsländern"* ein Problem ist, daß das Verhalten der Männer ein Problem ist. Dies wird auch von der DSW als solches benannt. Ausgelassen wird, daß dies ein Problem von Herrschaftsverhältnissen ist, und das z.B. Konzerne wie Shell mit ihrer Politik massiv zur Verschärfung der Situation beitragen, das Sexismus auch durch westliche Werbung und TV-Serien transportiert wird, daß der Kapitalismus weltweit Armut und Arbeitslosigkeit produziert. Der Export von Gewalt funktioniert dabei doppelt, exportiert werden auch die eigenen Gewaltverhältnisse in der rassistischen und sozial ausgrenzenden Projektion, die Täter sind in diesem Stereotyp, die schwarzen Männer, die Albaner, oder Unterschichtskerle oder Kriminelle, Von der DSW gibt es nur Allgemeinplätze und den Verweis auf ungewollte Schwangerschaften, als wären, wie schon dargestellt, die gesellschaftlichen Verhältnisse in ihrer Grundstruktur naturgegeben und nicht veränderbar. Das Statement des *"Wir müssen die Grenzen respektieren, die uns gesetzt sind"* ist eine stockreaktionäre Position. Diese Form der Auslassung im Gesellschafts- und Wirtschaftssystem begründeter Widersprüche und Ausbeutungsverhältnisse stellt letztendlich eine Auslöschung des Politischen dar, die systematische Entpolitisierung gesellschaftlicher Ungleichheit. Dazu sind die sozialliberalen Begrifflichkeiten ideal geeignet. Begriffe wie Empowerment, Basisbewegung u.a. beinhalten keine Analyse der Herrschaftsverhält-

nisse und sind somit ohne weiteres okkupierbar. Für Begriffe wie Feminismus, Kapitalismus gilt dies offensichtlich nicht. Sie werden nicht so sehr übernommen als verächtlich gemacht.

Ergänzt wir diese Entnennung von Gewalt durch Statistiken über Statistiken, Frauen und Kinder im Blick des Insektenforschers. Natürlich ist auch dieser Blick modernisiert, systemtheoretisch aufgemotzt. Es geht nicht mehr um den einzelnen gewaltvollen Eingriff sondern um die Unterstützung an den richtigen Stellen, die Steuerung über Veränderungen des Umfeldes. Auch in der Insektenforschung redet man nicht mehr von der Dezimierung der Schädlinge sondern von der Steuerung des ökologischen Gesamtsystems, diese Gleichgewichtslinguistik impliziert die schon genannte Vernachlässigung gesellschaftlicher Widersprüche.

Wir fordern, das Gleichgewicht der Ausbeutungsverhältnisse zu kippen.

Ein bißchen Erwerbstätigkeit für Frauen und Jugendliche, ein bißchen mehr Bildung, Öffentlichkeitsarbeit, ein bißchen politische Einflußnahme, ein bißchen Gesundheitsberatung und die Zielgruppen tun schon das Gewünschte, so zumindest die implizite Werbebotschaft der DSW. Aber immer nur ein bißchen, so daß sie sich strecken müssen, abarbeiten, Verschleiß in der Selbsterhaltung und der Erhaltung der Kinder, und nicht auf dumme Gedanken kommen. Der Satz von der Hilfe zur Selbsthilfe führt als Sparansatz der Geberländer unter dem Stichwort der Steigerung der Effizienz zur Notverwaltung von Mißständen. Diese Notverwaltung ist zweifellos

einem 'Gar nicht' vorzuziehen, Nur befinden sich gerade die nichtstaatlichen Institutionen hier in der Pflicht einer strukturellen Kritik. Die DSW leistet dies nicht. Sie agiert wie eine nichtstaatliche Staatsorganisation.

Diese regierungsnahen und industrienahen NGOs (Nicht-Regierungs-Organisationen) dienen Staat und Industrie zunehmend als Vermittlungsorgane ihrer Politik. Sie verfügen meist über eine ausgezeichnete Finanzausstattung, guten Medienzugang und hervorragende politische Kontakte. Auf dieser Grundlage sind sie in der Lage, das Spektrum nicht-staatlicher Gruppen zumindest zum Teil zu dominieren. Damit wird die kritische Öffentlichkeit, wie sie bisher von staats- und regierungsunabhängigen NGO gestellt wurde, ausgehebelt. Auch die Besetzung der verschiedenen Foren der EXPO 2000 fast ausschließlich durch industrie- und staatsnahe Funktionäre (wenige Funktionärinnen) basiert auf der Grundlage dieser Politik. Staat und Industrie debattieren kritisch mit sich selber. Dementsprechend sieht die DSW die EXPO auch als ideales Forum ihrer Propaganda. Für Außenstehende sind dies Zusammenhänge nur schwer zu erkennen.

Die Selbsthilfegruppen vor Ort haben keine Wahlmöglichkeit, ihre Finanziere können sie sich nicht aussuchen.

Die DSW wäscht nicht nur sauber sondern rein.

Die Deutsche Stiftung Weltbevölkerung verkauft Deutsche Wertarbeit, ein gutes Gewissen, ein Modernes Outfit, global, nachhaltig, emanzipativ, einfach rundum gut. Ein moderner

Dienstleistungsbetrieb mit professionellen Marketing. Die Bundeswehr könnte hier viel lernen. Doch die DSW begnügt sich nicht mit dem Guten, sie ist auch gegen das Böse auf der Welt.

J. Djuren/U. Finkeldei, Hannover - 1998
(Erstveröffentlicht - Reader *Nachhaltige Weltbilder - Hinter den Kulissen Nachhaltiger Entwicklung*" - Hannover - 1998
(Nachdrucke in der Zeitschrift *Alaska*))

Zu den Autorinnen: Jörg Djuren und Ute Finkeldey waren zur Zeit als dieser Artikel entstanden ist StudentInnen an der Universität Hannover. Kontakt über die E-Post-Adresse auf der Netzseite www.irrlische.org.

Zur DSW: Die Deutsche Stiftung Weltbevölkerung hat ihren Sitz in Hannover. Zum direkten Umfeld gehören der Förderverein und der Balance-Verlag. Deutsche Stiftung Weltbevölkerung - Göttinger Chaussee 115 - D 30459 Hannover

Muttermaschine - Muttertier

- Naturrechtsideologie [1] und § 218 -

'.., weil sich das Verbot des Schwangerschaftsabbruchs angesichts der einzigartigen Verbindung von Mutter und Kind nicht in einer Pflicht der Frau erschöpft den Rechtskreis eines anderen nicht zu verletzen, sondern zugleich eine intensive, die Frau existentiell betreffende Pflicht zum Austragen und Gebären des Kindes enthält und eine darüber hinausgehende Handlungs-, Sorge- und Einstandspflicht nach der Geburt über viele Jahre nach sich zieht.' (Aus der Begründung des Bundesverfassungsgerichtes zum Schwangerschaftsabbruch vom 28.5.1993 ((1) Seite 18 BVerfG (Bundesverfassungsgericht-Mehrheit))

Inhalt

Einleitung

Ausgangsthese

**Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom
28. Mai 1993 und die Stellungnahme der Par-
teien zur Neufassung des § 218**

**Mutterschaft als Sexualitätsdispositiv der Frau
und der Mythos von der bösen und der guten
Mutter**

Quellenhinweise

Bemerkungen

Einleitung

'Das Risiko einer Nierenspende ist für einen gesunden jungen Menschen etwa so groß wie das Risiko, das sie eingeht, wenn sie jeden Tag 15 km mit dem Auto zurücklegt (4). Dies dürfte in etwa dem Risiko, daß eine Frau bei einer Schwangerschaft eingeht, vergleichbar sein. Die langfristige körperliche Belastung durch eine Schwangerschaft ist unzweifelhaft höher als die Belastung durch die relativ einfache Operation zur Nierenentnahme.

Ausgehend von der Argumentationsfigur, daß dies ein hinnehmbares Risiko in Abwägung des Todes eines anderen Menschen sei, folgt zwingend, daß in der Logik deutscher Gerichte die Zwangstransplantation eingeführt werden müßte. Ausnahmen könnten nach Aufsuchen eines Arztes aufgrund medizinischer, genetischer oder psychosozialer Indikation gemacht werden.

Da Frauen eventuell noch Kinder bekommen könnten, und der Verlust einer Niere in diesem Fall ein erhöhtes Risiko bedeuten würde, erscheint es sinnvoll diese Regelung ausschließlich für Männer zwischen 20 und 35 Jahren einzuführen.'

Nach der Neufassung des § 218 müßte dieses 'Zitat' ergänzt werden. Ausnahmen sind auch möglich, falls ein Mann trotz einer Beratung, um ihn für die Transplantation zu gewinnen, auf der Verweigerung der Transplantation besteht. Der Mann ist verpflichtet, die Gründe für seine Verweigerungshaltung darzulegen. Verweigerungen, die ohne Feststellung einer

Indikation nach der Beratungsregelung erfolgen, dürfen nicht für gerechtfertigt (nicht rechtswidrig) erklärt werden. Der behandelnde Arzt muß sich vergewissern, daß die Verweigerung begründet erfolgt. Er kann andernfalls strafrechtlich belangt werden.

'In der BRD ist nicht einmal eine Zwangsverpflichtung¹⁹ zur Blutspende möglich. Die Argumentationsfigur des hinnehmbaren Risikos ist also offensichtlich vorgeschoben, bzw. wird nicht voraussetzungsfrei verwandt.

Die Ausgangsfigur ist die 'natürliche' Pflicht der Frau zu gebären. Diese Argumentationsfigur ist aber eindeutig Teil der geschlechtsspezifischen Rollenzuweisung unter patriarchalen Herrschaftsbedingungen. In der Gebärpflicht gehen staatliche Kontrollinteressen über die Reproduktion des 'Humankapitals' Hand in Hand mit den individuellen Kontrollinteressen von Männern über die Gebärfähigkeit von Frauen.

Ausgehend vom Begriff individueller Selbstbestimmung ist diese Pflicht nicht zu akzeptieren. Sie ist nur als Möglichkeit zu gebären zu akzeptieren. Ein Kind zu gebären ist ein Sur Plus, eine Sonderleistung, die von keiner Frau erwartet werden kann.

Aus dieser Sonderleistung, dem sich Einlassen auf dieses Kind, ergibt sich auch erst der Sinn von Mutterschaft. Aus dem Einlassen folgen Verpflichtungen, aber auch Rechte. Ein sich Einlassen setzt aber eine freie Entscheidung voraus. Für einen verantwortlichen Umgang mit Kindern ist also ein ver-

¹⁹ Aktuelle Rechtsprechung des BGH (Bundes-Gerichts-Hofes) laut Auskunft eines Jurastudenten

antwortungsloser, daß heißt sich nicht verantwortlich machen lassender Umgang mit Schwangerschaft Voraussetzung.

(..)

Es ist damit irrelevant für die Auseinandersetzung um den § 218, wann ich den Embryo juristisch als Person ansehe. Auch einer volljuristischen Person gegenüber besteht keine Verpflichtung zur Lebensrettung unter den Bedingungen der Gefährdung der eigenen körperlichen Integrität.'

Schwerpunkt dieses Textes ist die Darlegung der Argumentation des BVG-Urteil, und die Kritik der dieser Argumentation zugrundeliegenden Geschlechts- und Mutterschaftskonstruktion. Es wird nicht auf die spezifische Bedeutung des Urteils im Kontext der Gen- und Reproduktionstechnologien eingegangen.

Ausgangsthese

Die Begründung des Urteils des Bundesverfassungsgerichtes beruht auf der tradierten Ideologie der Entmenschlichung des Verhältnisses Mutter - Kind. Das Verhältnis Mutter Kind wird entweder als naturhaftes - Muttertier - oder als ein für den Erhalt des Staates (der Gesellschaft) funktional notwendiges - Muttermaschine - gefaßt. Schwangerschaft als bewußte Entscheidung, als bewußte und selbstbestimmte Übernahme von Verantwortung, ist in dieser Sprache nicht denkbar. Damit ist auch eine verantwortliche Beziehung zum eigenen Kind nicht mehr formulierbar. Verantwortung existiert weder in der Maschinen- noch in der Naturmetapher, nur Schicksal, Pflichterfüllung. Eine solche Sichtweise generiert nicht nur Gewalt gegenüber den betroffenen Frauen, sondern auch gegenüber Kindern Pflichterfüllung und Lieblosigkeit.

Sie rekurriert außerdem auf Prinzipien der Bio-Macht, wie sie von Foucault gefaßt werden.

Mit diesem Diktum geht die Ausblendung zentraler Bereiche menschlicher Kultur einher, der kulturelle Umgang mit Schwangerschaft, Fruchtbarkeitsrythen, Sprachentwicklung, u.a.. Schwangerschaft und Kindheit werden zu reinen Naturereignissen, als die sie dann mit den Mitteln technokratischer Wissenschaft, Ultraschall und pränataler Diagnostik, kontrolliert werden müssen.

Uns geht es nicht um die Belebung irgendwelcher Frau-Natur-Mythen. Gerade das Begreifen der Mutter-Kind-Beziehung als kulturell macht auch diese Beziehung einer Kritik zugänglich.

Dieser Text ist eine Untersuchung des Urteils des Bundesverfassungsgerichtes von 1993 unter Hinzuziehung der Stellungnahmen der Parteien bis hin zur Neufassung des § 218. Die untersuchten Stellungnahmen wurden uns auf Nachfrage von den Parteien zugeschickt.

Die Ergebnisse werden im Anschluß unter Berücksichtigung des Foucaultschen Konzeptes der Biomacht und weiterer Texte analysiert. Außerdem untersuchen wir kurz die Verwendung des psychoanalytisch zu fassenden Mythos von der bösen und der guten Mutter (Siehe z.B. - Marie Langer - 'Das gebratene Kind und andere Mythen' (5)).

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 28. Mai 1993 und die Stellungnahme der Parteien zur Neufassung des § 218

Das Urteil des BVerfG kam aufgrund der Klage des Bundeslandes Bayern zustande, der im Kern recht gegeben wurde.

Die beklagte gesetzliche Regelung sah die rechtliche Anerkennung einer *'informativen Entscheidung'* der Frau zum Schwangerschaftsabbruch nach einer entsprechenden Beratung vor, innerhalb des schon vorher gültigen Fristenverlaufs. Außerdem wurde versucht, flächendeckend für Frauen die Möglichkeit zu schaffen, die mit geringeren Belastungen verbundene ambulante Abbruchmöglichkeit zu wählen, d.h. insbesondere die Bundesländer zur Zulassung bzw. Schaffung entsprechender medizinischer Einrichtungen mit einem Bundesgesetz zu zwingen. Die Kosten für den Abbruch sollten von den Krankenkassen getragen werden.

Außerdem sollte auf eine bundesweite Statistik, die außer Zahlen keine belastbaren wissenschaftlichen Aussagen produziert, zugunsten qualitativer Forschungen verzichtet werden.

Die Begründung dieser Fassung des Gesetzes basiert im Kern auf der Auffassung der Notwendigkeit der Annahme der Schwangerschaft durch die Frau. *'Erst mit der Annahme gewinnt die Beziehung der Schwangeren zur Leibesfrucht Verbindlichkeit'* ((1) Seite 14 Bundesratsmehrheit). Die Richter Mahrenholz und Sommer schloßen sich im wesentlichen in ihrem Minderheitenvotum diesem Kerngedanken an. Sie bestreiten insbesondere das naturrechtliche Konzept der

BVerfG-Merheit einer natürlichen Verpflichtung der Frau zum Austragen des Kindes (siehe Zitat auf dem Titelblatt dieser Ausarbeitung). *'Innerhalb des verfassungsrechtlich vorgegebenen Dreiecks zwischen der Frau, dem ungeborenen Leben und dem Staat nimmt die aus dem Grundgesetz abzuleitende Schutzpflicht für das ungeborene Leben allein den Staat in Anspruch, nicht unmittelbar schon die Frau. Pflichten, die der Staat im Wege der Gesetzgebung der Frau zum Schutz des ungeborenen Lebens auferlegt, müssen zugleich ihre Grundrechtsposition berücksichtigen.'* ((1) Seite 43 Mahrenholz / Sommer) Mit Einschränkungen vertreten sie dabei die in den Thesen aufgeführte Argumentation zur Nothilfe, *'vielmehr lehnt die Frau, in deren Person Rechtsgüter einander in singulärer Weise widerstreiten und sich zugleich vereinen, unter Berufung auf die Grenzen der Aufopferung eigener Rechte vornehmlich die Übernahme einer mit besonders schwerwiegenden Einstands- und Sorgfaltspflichten verbundenen Garantenstellung ab.'* ((1) Seite 47 Mahrenholz / Sommer). Mahrenholz und Sommer weisen außerdem darauf hin, daß die Rechtssprechung des BVerfG die Frau als unmündiges Objekt konstituiert. *'Wir halten es aber auch für nicht angängig, daß der Senat den Staat bei der Erfüllung seiner Schutzpflicht gegenüber dem ungeborenen Leben in verfassungsrechtliche Grenzen verweist, zu deren Wirkung es gehören soll, der schwangeren Frau die Antwort darauf zu verweigern, ob sie mit einem Abbruch recht handelt. Das stellt sie in die Nähe der Rolle eines unmündigen Objekts im Gefüge des staatlichen Lebensschutzkonzepts.'* ((1) Seite 47)

Die Ausführungen der bayrischen Landesregierung richteten sich sowohl gegen die Regelung durch eine Beratungslösung im allgemeinen, als auch gegen die Krankenkassenfinanzierung, gegen die freizügige Ausgestaltung der Beratung, gegen die flächendeckende medizinische Versorgung und gegen den Wegfall der Bundesstatistik. ((1) Seite 12/13/14)

Das BVerfG-Urteil stimmt in weiten Teilen diesen Ausführungen zu und geht in Teilen sogar darüber hinaus.

Eine Abweichung gibt es in der Schlußfolgerung der Konsequenzen für die gesetzliche Umsetzung. Eine repressive Regelung wird vom BVerfG als nur bedingt umsetzbar und damit nicht funktional angesehen.

'Von wesentlicher Bedeutung ist weiter, daß die Schwangerschaft in ihrer Frühphase oft nur der Mutter bekannt und das Ungeborene ihrem Schutz in jeder Hinsicht anvertraut von ihm aber auch existenziell abhängig ist. Der Staat sieht sich vor die Aufgabe gestellt, Leben zu schützen, von dessen Vorhandensein er nichts weiß.' ((1) Seite 20)

'Diese Unentdecktheit, Hilflosigkeit und Abhängigkeit des auf einzigartige Weise mit der Mutter verbundenen Ungeborenen lassen die Einschätzung berechtigt erscheinen, daß der Staat eine bessere Chance zu seinem Schutz hat, wenn er mit der Mutter zusammenwirkt.' ((1) Seite 21 BVerfG-Mehrheit)

Der entscheidende Grund dafür, eine liberalere Regelung nicht vollkommen auszuschließen ist damit der Widerstand der betroffenen Frauen. Das BVerfG-Urteil intendiert aber durchaus wesentlich repressivere Regelungen, falls die Beratungstätigkeit nicht die Austragungswilligkeit erhöht.

'Der Gesetzgeber erfüllt seine Pflicht, das ungeborene menschliche Leben zu schützen, nicht ein für allemal dadurch, daß er ein Gesetz zur Regelung des Schwangerschaftsabbruchs erläßt, welches diesen Schutz bezweckt und nach seiner - verfassungsrechtlich unbedenklichen - Einschätzung auch geeignet erscheint, das vom Grundgesetz geforderte Maß an Schutz zu gewährleisten. Er bleibt vielmehr aufgrund seiner Schutzpflicht weiterhin dafür verantwortlich, daß das Gesetz tatsächlich einen - unter Berücksichtigung entgegenstehender Rechtsgüter - angemessenen und als solchen wirksamen Schutz vor Schwangerschaftsabbrüchen bewirkt. Stellt sich nach hinreichender Beobachtungszeit heraus, daß das Gesetz das von der Verfassung geforderte Maß an Schutz nicht zu gewährleisten vermag, so ist der Gesetzgeber verpflichtet, durch Änderung oder Ergänzung der bestehenden Vorschriften auf die Beseitigung der Mängel und die Sicherstellung eines dem Untermaßverbot genügenden Schutzes hinzuwirken (Korrektur- oder Nachbesserungspflicht).' ((1) Seite 34 BVerfG-Mehrheit)

Dies ist die logische Konsequenz aus der Negierung einer eigenständigen Rechtsposition der Frau jenseits von Mutterschaft, *'Das Beratungskonzept nimmt die Frau als **Handelnde** ernst, indem es sie als Verbündete bei dem Schutz des ungeborenen Lebens zu gewinnen sucht und dabei von ihr eine verantwortliche Mitwirkung erwartet.'* ((1) Seite 25 BVerfG-Mehrheit - Hervorhebungen durch uns). Die Frau ist nur als Handelnde, möglicherweise die Schwangerschaft Gefährdende, oder als Mutter ernst zu nehmen. Sie wird auf ihre Gebärfunktion reduziert. *'Es steht mit der einer Frau und*

werdenden Mutter **gebührenden Achtung** in Einklang, wenn der Staat Frauen nicht durch generelle Drohung mit Strafe, sondern durch individuelle Beratung und einen Apell an ihre Verantwortung gegenüber dem ungeborenen Leben, durch wirtschaftliche und soziale Förderung und darauf bezogene qualifizierte Information dafür zu gewinnen sucht, **sich der Aufgabe als Mutter nicht zu entziehen.**' ((1) Seite 21 BVerfG-Mehrheit - Hervorhebungen durch uns)

Die Reduktion von Frauen, die Reduktion der Mutter-Kind-Beziehung, auf die Funktion einer Gebärmaschine in der Urteilsbegründung impliziert aber noch einen sehr viel weitergehenden Zugriff auf den Körper von Frauen. Eine Maschine muß kontrolliert werden.

'Die staatliche Schutzpflicht umfaßt auch den Schutz vor Gefahren, die für das ungeborene menschliche Leben von Einflüssen aus dem familiären oder weiteren sozialen Umfeld der Schwangeren oder von gegenwärtigen und absehbaren realen Lebensverhältnissen der Frau und der Familie ausgehen und der Bereitschaft zum Austragen des Kindes entgegenwirken.'((1) Seite 2 BVerfG-Mehrheit)

Insgesamt werden durch das BVerfG-Urteil für Frauen eine ganze Reihe Schranken gegenüber ihrer körperlichen Selbstbestimmung bei einem Schwangerschaftsabbruch aufgebaut.

- Die Beratung wird zu einem Instrument der Repression gegenüber Frauen, die eine Schwangerschaft abbrechen wollen. Die Beratung hat *'wesentlich zum Lebensschutz beizutragen'* ((1) Seite 33 BVerfG-Mehrheit) (damit ist nicht das Leben der Frauen gemeint). *'Solange der Beraterin oder dem Bera-*

ter die Möglichkeit einer Konfliktlösung - gegebenenfalls unter Einbeziehung dritter Personen - nicht ausgeschöpft erscheinen, darf die Beratungsbescheinigung, die den Abschluß der Beratung dokumentiert, nicht ausgestellt werden' ((1) Seite 33 BVerfG-Mehrheit) (Interessant auch, daß nur hier die Nennung beider Geschlechter erfolgt, bei Ärzten z.B. nicht). Außerdem wird durch entsprechende Regelungen der Ausschluß feministischer Beratungsstellen sichergestellt und jede/ einzelne BeraterIn mit strafrechtlichen Sanktionen bedroht. ((1) Seite 32/33 BVerfG-Merheit).

- Der betroffenen Frau wird eine rechtliche Anerkennung ihrer Entscheidung verweigert. ((1) Seite 34 BVerfG-Mehrheit)

- Die ÄrztIn, die den Schwangerschaftsabbruch durchführt, wird als weitere Kontrollinstanz nach der Beratung installiert und massiv mit strafrechtlichen Sanktionen bedroht. ((1) Seite 28 BVerfG-Mehrheit)

- Durch das Verbot der Krankenkassenfinanzierung wird eine finanzielle Hürde aufgebaut. ((1) Seite 36 BVerfG-Mehrheit)

- Durch die Verhinderung der Bundesrichtlinie zur flächendeckenden medizinischen Versorgung für Schwangerschaftsabbrüche wird der Zugang in einem Teil der Bundesländer erheblich erschwert. ((1) Seite 41 BVerfG-Mehrheit)

Zusätzlich werden die Länder unter Druck gesetzt, auch keine zu gute medizinische Betreuung zuschaffen, *'Andererseits sind sie (die Länder) bei Inanspruchnahme ihrer Kompetenz für das Gesundheitswesen durch die Verpflichtung, ungebohenes Leben zu schützen, verfassungsrechtlich gebunden; sie haben zusätzliche Maßnahmen zu unterlassen, wenn sich diese als aktive Förderung des Schwangerschaftsabbruchs*

auswirken.' ((1) Seite 41/42 BVerfG-Mehrheit). Vielleicht erinnert nur uns dies an den Paragraphen zur Zuhälterei, der dazu führt, daß die Schaffung menschenwürdiger Arbeitsbedingungen für Prostituierte strafrechtlich unterbunden wird, die Abhängigkeit der Prostituierten verstärkt, und brutale Ausbeutung, da in ihr keine Förderung der Prostitution gesehen wird, straffrei bleibt²⁰.

Das BVerfG argumentiert von einem Verantwortungsbegriff aus, der unter verantwortlichem Handeln, ein Handeln gemäß 'akultureller Gesetze' einfordert. Dieses Naturrechtskonstrukt der natürlichen Mutterschaft stellt letztendlich einen Versuch der Refamiliarisierung der Gesellschaft, durch das Konstrukt der unvollständigen Mutter/Kind-Kernfamilie als Fixpunkt dar. Eine Kernfamilie, die, ohne Mann, in dieser Terminologie dabei immer eine unvollständige ist, in der Frauen immer nicht hinreichend in der Lage sind, alleine für ihre Kinder zu

²⁰ *'Prostitution ist nicht als Beruf anerkannt und wird damit in eine Grauzone abgedrängt. (...) Ihre Arbeitsmöglichkeiten (der Prostituierten) werden durch Sperrgebietsverordnungen eingeschränkt, was im Endeffekt den großen Zuhälterorganisationen nutzt. Diese teilen jeden Straßenmeter, auf dem Prostitution legal ausgeübt werden darf, unter sich auf und kontrollieren so die Ausbeutungsverhältnisse (...).'* ((7) Seite 102) Die Rechtslage, die für bundesdeutsche Prostituierte schon problematisch ist, verschärft sich noch einmal für Prostituierte ohne deutsche Staatsbürgerinnenschaft, sie sind SchlepperInnen und ZuhälterInnen weitestgehend ausgeliefert, da sie permanent durch Ausweisung bedroht werden. *'Wenn der Kampf gegen Prostitution in der Einschränkung von Arbeitsmöglichkeiten bis hin zur Kriminalisierung der ausländischen Prostituierten besteht, werden damit die patriarchalen und ökonomischen Grundlagen von Prostitution ignoriert und die Prostituierten zum zweiten Mal zu Leidtragenden gemacht. Bezeichnenderweise sind die Organisatoren und Profiteure des Ausbeutungsgeschäftes in den seltensten Fällen von staatlicher Repression betroffen (...).'* ((7) Seite 117)

sorgen, und deshalb ihre Aufopferung erzwungen wird. In diesem Konstrukt, in dem Frauen auch als Hauptverdienende Zuverdienende bleiben, ist sichergestellt, daß auch Frauen dieses Leben als Mangel empfinden. In diesem Kontext heißt Widerstand, sich nicht verantwortlich machen zu lassen, im Rahmen der eigenen Möglichkeiten, d.h. notwendig wird eine Ethik der Verantwortungslosigkeit als politische Handlung.

An der Stellungnahme der Parteien ist zuerst der Wechsel der Positionen innerhalb der FDP auffällig. Kurz nach dem Urteil äußern FDP-Abgeordnete noch massive Kritik.

'Zum Urteil des BVerfG vom heutigen Tag erklärt der FDP-Bundestagsabgeordnete Carl-Ludwig Thiele: "Ich halte das Urteil für katastrophal und wirklichkeitsfern. Auch ich will den Schutz des ungeborenen Lebens verbessern. Aber ich halte den Weg über das Strafrecht und damit die Kriminalisierung der Frau für falsch und ungeeignet. Schon in der Vergangenheit wurden Frauen strafrechtlich nicht zur Verantwortung gezogen; das ist gut so und muß und wird auch so bleiben. Eine Strafandrohung ohne Bestrafung gibt überhaupt keinen Sinn, sondern ist nur ein Feigenblatt, welches dem ungeborenen Leben nicht hilft.'" (Presseerklärung MDB Carl Ludwig Thiele 28. Mai 1993)

'Zu der heutigen Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe zu der Reform des Abtreibungsrechts erklärt der FDP-Bundestagsabgeordnete Dr. Jürgen Schmieder: "Mit diesem Urteil stellt sich das Bundesverfassungsgericht gegen die Ansichten und Bedürfnisse von zwei Dritteln

der deutschen Bevölkerung. Nicht nur für die Frauen im Osten ist dies ein Schritt zurück ins Mittelalter. Diese Regelungen entsprechen nicht mehr der sozialen Entwicklung des gesamten deutschen Volkes. Diese Entscheidung bringt Frauen, die sich in einer Zwangslage befinden, zusätzlich in inquisitionsähnliche Zustände. Damit ist sogar der Schutz der "Keimzelle" des Staates, der Familie, gefährdet." (Presseerklärung MDB Dr. Jürgen Schmieder 28. Mai 1993)

Die Urteilskritik wird aber auch schon zu diesem Zeitpunkt vom FDP-Abgeordneten Burghard Zurheide als *'wüste Beschimpfung', 'Kriegsgeschrei'* und *'Alle diejenigen, die jetzt wieder lautstark die alte Formel des "Mein Bauch gehört mir" hervorkramen, schaden der Sache.'* (Presseerklärung MDB Burkhard Zurheide 28. Mai 1993 - fragt sich welcher und wessen Sache)

Zur Kritik am BVerfG im Vorfeld des Urteils durch *'eine Reihe namhafter Frauen'* hatte sich der gleiche Abgeordnete bereits ähnlich vernehmen lassen. (Presseerklärung MDB Burkhard Zurheide 3. Dezember 1992)

Im Juni wird dann aber durch die frauenpolitische Sprecherin der FDP eine neue politische Argumentationslinie nach außen getragen, die bis zum Gesetzentwurf der FDP Grundlinie bleibt. *'Zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) zum Paragraphen 218 gibt die frauenpolitische Sprecherin und stellvertretende Vorsitzende der FDP- Bundestagsfraktion Uta Wüfel folgende Erläuterungen:*

Die sorgfältige Beschäftigung mit dem Urteil führt zu folgenden Erkenntnissen:

1. Das BVerfG fordert die Rechtskonstruktion die bereits im FDP-Gesetzentwurf enthalten war.
2. (...) (Tagesdienst des Bundestages Nr 503 1.Juni 1993)

Tatsächlich stimmt das Urteil im erheblichen Maß mit den Forderungen der CSU überein, dies gilt insbesondere für die dem Urteil zu Grunde liegende Begründung und die allgemeine Rechtsauffassung. Unter der Berücksichtigung von Beruf, Alter, Geschlecht und Schichtzugehörigkeit der RichterInnen am BVerfG²¹ ist dies aber auch nicht verwunderlich. Die Ansbacher Erklärung der CSU vertritt,

- *'Abtreibung ist Tötung menschlichen Lebens. (...) denn es ist eigenständiges menschliches Leben von Anfang an.'* ((6) Seite 1)

- *'Nein zur Fristenregelung.'* ((6) Seite 3)

- die *'Verantwortung der Väter und des sozialen Umfeldes'* zu benennen und *'durch einen eigenständigen Straftatbestand Signale zu setzen.'* Die in diesem Punkt genannten Argumentationen lassen sich fast wörtlich in der Begründung des BVerfG wiederfinden. ((6) Seite 3/4/12)

- *'Lebensschutz hat Vorrang vor (dem) Selbstbestimmungsrecht (der Frau).'*, die CSU zitiert hier ein gleichlautendes älteres BVerfG-Urteil. ((6) Seite 4/5)

- Die CSU fordert außerdem soziale Unterstützungsmaßnahmen des Staates für die Schwangere. ((6) Seite 6/7/8)

- Zwangsberatung zugunsten des *'ungeborenen Kindes'*. ((6) Seite 8/9)

²¹ Für diese Ausarbeitung haben wir uns die Lebensläufe der VerfassungsrichterInnen zuschicken lassen. Fast alle sind vor 1940 geboren, männlich, Juristen. Die Lebensläufe weisen wenig Brüche auf.

- Strafrechtsdrohung, *'Die Tötung von Leben ist grundsätzlich mit Strafe belegt; von Bestrafung kann in begrenzten Fällen abgesehen werden, wenn bestimmte Indikationen vorliegen.'* ((6) Seite 10)
- die Ablehnung der generellen *'Finanzierung von Abtreibung durch die Krankenkasse'*. ((6) Seite 10)

Alle diese Punkte, bis auf die Strafrechtsdrohung mit Ausnahme einer Indikation, finden sich wie aufgeführt in ähnlicher Weise im Urteil des BVerfG. Im Bereich der Aufklärung und Bewußtseinsbildung sind die Formulierungen der CSU sogar erheblich liberaler ((6) Seite 8). Interessant ist vielleicht noch, daß die CSU ihre Unterlagen an *'Frau Jörg Djuren'* adressierte, und dies trotz ihrer Betonung, daß es sich nicht um ein *'Frauenproblem'* handele.

Die CDU verzichtet weitestgehend auf eine eigenständige Position gegenüber dem BVerfG-Urteil. Die Diskussion wird über die Ausgestaltung geführt.

Insgesamt weisen das BVerfG-Urteil und die Stellungnahmen der drei aufgeführten Parteien in Richtung einer Biomachtkonzeption im Foucaultschen Sinne. Der Staat als Garant des Schutzes des autonomen Subjekts konstituiert sich damit als der eigentlich Gebärende.

Außerdem wird in verschiedenen Varianten auf den Mythos von der bösen und der guten Mutter rekurriert. Auf diese Punkte werden wir im folgenden Abschnitt noch genauer eingehen.

Die SPD kritisiert das Urteil des BVerfG, verfolgt auf der politischen Ebene aber die Nutzung der vom BVerfG gelassenen Spielräume unter Verzicht auf eine klar nach außen gerichtete Initiative. Deutlich wird dies in einem Interview der Jungen Welt mit Inge Wettig-Danielmeier.

'Die Forderung der Frauenbewegung nach Streichung des §218 aus dem Strafgesetzbuch ist in der SPD kein Thema mehr, aber auch die Fristenlösung ohne Beratungszwang ist mit Hilfe der SPD vom Tisch. Worüber regen Sie sich am Koalitions-Gesetzentwurf noch auf?

In unserem Gesetzentwurf von 1991 war beides enthalten, die Streichung des §218 aus dem Strafgesetzbuch und die Fristenlösung ohne Beratungszwang. Wir wollten so wenig Druck auf die Frauen ausüben wie möglich; ihr dafür aber Hilfe geben. Unser Entwurf ist vom Tisch. Bundesverfassungsgericht und die Bundestagsmehrheit haben anders entschieden. Wir wollen jetzt möglichst viel für die Frauen erreichen (..)

Warum verhandelt die SPD jetzt im stillen Kämmerlein, im Vermittlungsausschuß des Bundestages, anstatt eine gesellschaftliche Initiative zu starten, denn Verfassungsinterpretationen und -wirklichkeit hängen immer auch vom gesellschaftlichen Klima ab?

Im Bereich des §218 fühlen die Menschen anders, als in unserer Rechtsordnung vorgeschrieben. In der Geschichte und in der Gegenwart sind die Menschen nicht überzeugt, daß diese Rechtsordnung für sie gilt; sie handeln anders. Deshalb finde ich es auch besonders lächerlich, was hier gespielt wird.

Aber sie spielen mit?

Dieser Vorwurf ist richtig. (..)'

(Junge Welt 29. Juni 1994 - Interview mit Inge Wettig-Danielmeier Schatzmeisterin der SPD)

Bündnis 90/Die Grünen versuchen eine Doppelstrategie grundsätzlicher Kritik und parlamentarischer Einflußnahme. *'Bündnis 90/Die Grünen fordern die ersatzlose Streichung des §218, denn nur dann sind der Verfassungsanspruch nach Schutz und Achtung der Menschenwürde der Frau einzulösen und ihr Recht auf körperliche Unversehrtheit und der Schutz ihrer Persönlichkeitsrechte zu wahren. Solange es keine Mehrheit für die ersatzlose Streichung des §218 gibt, werden sich Bündnis 90/Die Grünen bei der parlamentarischen Ausgestaltung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts dafür einsetzen, daß der Rahmen des Urteils weit und parteilich für Frauen ausgelegt wird.'* (Brigitte Sellach - Wahl 94: Bündnis-grüne Argumente Frauenpolitik Gewalt gegen Frauen Seite 7) Innerhalb der Partei kam es über diese Position zum Streit. Ein Teil der Landesverbände fordert, auf einen eigenen

Gesetzentwurf zu verzichten, und sich auf die Durchsetzung der Streichung des §218 zu konzentrieren. (Streit um Abtreibungsgesetz - die tageszeitung 3. März 1995)

Die PDS schickte uns trotz mehrmaliger Nachfrage keine Informationen zu, sie fällt damit aus dieser Untersuchung heraus.

Die Untersuchung der Begriffsverwendung im Kontext der Debatte um den § 218 würde den Rahmen dieser Ausarbeitung sprengen. Im folgenden nur einige besonders auffällige Sprachschöpfungen. So heißt es z.B. im BVerfG-Urteil, *'zumutbare Obergrenze der Frau'* ((1) Seite 4 BVerfG-Merheit), *'werdendes Leben'* ((1) Seite 7 BVerfG-Merheit), *'ungeborenes menschliches Leben'* ((1) Seite 34 BVerfG-Merheit) versus *'Leibesfrucht'* ((1) Seite 14 Bundestagsmehrheit), *'embriophatisch'* ((1) Seite 7 BVerfG-Merheit) statt eugenisch. Diese Sprachverwendung verweist sowohl auf die herausgearbeiteten Argumentationsmuster, wie auch auf die Vorverlegung des Rechtssubjektes ins Genom (Siehe Einleitung).

Auffällig ist die geringe Differenz der Sprache zwischen den Parteien.

Mutterschaft als Sexualitätsdispositiv der Frau und der Mythos von der bösen und der guten Mutter

Im folgenden gehen wir aus vom Foucaultschen Konzept der Biomacht, das wir um das Sexualitätsdispositiv der Frau, die Mutterschaft, ergänzen. Die Überlegungen auf den Seiten entstammen im wesentlichen 2 älteren Texten, die am Institut für Politische Wissenschaft und am Institut für Sozialpsychologie der Universität ausgearbeitet wurden. Das Dargestellte stellt eine Zusammenfassung dar.

Die Souveränitätsmacht als Macht des Schwertes, d.h. die Macht zu töten, die sich an der Grenze zwischen Leben und Tod konstituiert, wird nach Foucault in der Neuzeit zunehmend abgelöst durch das Konzept der Biomacht, die die Verwaltung des Lebens übernimmt. Als Disziplinarmacht gegenüber dem Körper übernimmt sie 'seine Dressur, die Steigerung seiner Fähigkeiten, die Ausnutzung seiner Kräfte, das parallele Anwachsen seiner Nützlichkeit und seiner Gelehrigkeit, seine Integration in wirksame und nützliche Kontrollsysteme' ((2) Seite 166) und als 'Biopolitik der Bevölkerung' ((2) Seite 166), als Normierungsmacht, reguliert sie 'die Fortpflanzung, die Geburten- und Sterblichkeitsrate, das Gesundheitsniveau' ((2) Seite 166). Die Lebensdauer,

die Langlebigkeit mit all ihren Variationsbedingungen wird zum Gegenstand eingreifender Maßnahmen.

'Diese Bio-Macht war (..) ein unerlässliches Element bei der Entwicklung des Kapitalismus, der ohne kontrollierte Einschaltung der Körper in die Produktionsapparate und ohne Anpassung der Bevölkerungsphänomene an die ökonomischen Prozesse nicht möglich gewesen wäre. Aber er hat noch mehr verlangt: das Wachsen der Körper und der Bevölkerungen, ihre Stärkung wie auch ihre Nutzbarkeit und Gelehrigkeit; er brauchte Machtmethoden, die geeignet waren, die Kräfte, die Fähigkeiten, das Leben im ganzen zu steigern, ohne deren Unterwerfung zu erschweren.' ((2) Seite 168)

Es geht nicht mehr darum, auf dem Feld der Souveränität den Tod auszuspielen, sondern das Lebende in einem Bereich von Wert und Nutzen zu organisieren.

'Der Sex eröffnet den Zugang sowohl zum Leben des Körpers wie zum Leben der Gattung. Er dient als Matrix der Disziplinen und als Prinzip der Regulierungen.' ((2) Seite 174) (..)

'Die Mechanismen der Macht zielen auf den Körper, auf das Leben und seine Expansion, auf die Erhaltung, Ertüchtigung, Ermächtigung oder Nutzbarmachung der ganzen Art ab. Wenn es um Gesundheit, Fortpflanzung, Rasse, Zukunft der Art, Lebenskraft des Gesellschaftskörpers geht, spricht die Macht von der Sexualität und zu der Sexualität, die nicht Mal oder Symbol ist, sondern Gegenstand und Zielscheibe.'((2) Seite 166). Das Sexualitätsdispositiv wird damit zu einem Dis-

positiv der Bio-Macht, der Macht, Leben zu machen und in den Tod zu stoßen.

Das Sexualitätsdispositiv der Frau ist die Mutterschaft. In ihr, durch sie wird sie Teilhaberin in der Sphäre der Bio-Macht, letztendlich aber an dieses Dispositiv gekettet. Eine Frau ist nur als Mutter real.²² Diese Konzeption liegt auch ganzen Teilen des BVerfG-Urteils zugrunde.

Im BVerfG-Urteil scheint an vielfältigen Stellen dieses Konzept der Biomacht in der Argumentation durch.

'Das Beratungskonzept nimmt die Frau als handelnde Person ernst, indem es sie als Verbündete bei dem Schutz des ungeborenen Lebens zu gewinnen sucht und dabei von ihr verantwortliche Mitarbeit erwartet.' ((1) Seite 25 BVerfG-Mehrheit)

'Dazu bedarf es eines näher zu entwickelnden, Elemente des präventiven wie des repressiven Schutzes miteinander verbindenden Schutzkonzeptes.' ((1) Seite 20 BVerfG-Mehrheit)

'Rechtlicher Schutz gebührt dem Ungeborenen auch gegenüber der Mutter. Ein solcher Schutz ist nur möglich, wenn der Gesetzgeber ihr einen Schwangerschaftsabbruch grundsätzlich verbietet und ihr damit die grundsätzliche Rechtspflicht auferlegt, das Kind auszutragen. Das grundsätzliche Verbot des Schwangerschaftsabbruchs und die grundsätzliche Pflicht zum Austragen des Kindes sind zwei untrennbar verbundene Elemente des verfassungsrechtlich gebotenen Schutzes.' ((1) Seite 1 BVerfG-Mehrheit)

²² Die Argumentationsfiguren wurde übernommen aus einem Referat über das Buch 'Sexualität und Wahrheit' Band 1 von Foucault, das im Rahmen eines Seminars am Institut für Sozialpsychologie erarbeitet wurde.

'Die Schutzpflicht für das ungeborene Leben ist bezogen auf das einzelne Leben, nicht nur auf menschliches Leben allgemein. Ihre Erfüllung ist Grundbedingung geordneten Zusammenlebens im Staat. Sie obliegt aller staatlichen Gewalt (Art.1 Abs.1 Satz 2 GG), d.h. dem Staat in allen seinen Funktionen, auch und gerade der gesetzgebenden Gewalt. (..) Dies gilt auch für den Schutz des nasciturus gegenüber seiner Mutter, (..)' ((1) Seite 17 BVerfG-Mehrheit)

'Die staatliche Schutzpflicht umfaßt auch den Schutz vor Gefahren, die für das ungeborene menschliche Leben von Einflüssen aus dem familiären oder weiteren sozialen Umfeld der Schwangeren oder von gegenwärtigen und absehbaren realen Lebensverhältnissen der Frau und der Familie ausgehen und der Bereitschaft zum Austragen des Kindes entgegenwirken.' ((1) Seite 2 BVerfG-Mehrheit)

'Darüber hinaus sind für Personen des familiären Umfeldes in bestimmten Umfang strafbewehrte Verhaltensgebote und -verbote unerlässlich. Sie müssen sich zum einen darauf richten, daß die betreffenden Personen der Frau den ihnen zumutbaren Beistand, dessen sie wegen der Schwangerschaft bedarf, nicht in verwerflicher Weise vorenthalten, zum anderen darauf, daß sie es unterlassen, die Frau zum Schwangerschaftsabbruch zu drängen.' ((1) Seite 31 BVerfG-Mehrheit)

'Der Staat genügt seiner Schutzpflicht gegenüber dem ungeborenen menschlichen Leben nicht allein dadurch, daß er Angriffen wehrt, die diesem von anderen Menschen drohen. er muß auch denjenigen Gefahren entgegentreten, die für dieses Leben in gegenwärtigen und absehbaren realen

Lebensverhältnissen der Frau und der Familie begründet liegen. (..) Diesem Auftrag entspricht es, Mutterschaft und Kinderbetreuung als eine Leistung zu betrachten, die auch im Interesse der Gemeinschaft liegt (..) Dem Staat obliegt es, in Wahrnehmung seiner Schutzpflicht (..) Umständen nachzugehen, die die Lage der schwangeren Frau und Mutter zu erschweren geeignet sind, und sich (..) um Abhilfe oder Erleichterung zu bemühen.' ((1) Seite 19 BVerfG-Mehrheit)

'Der Schutzauftrag verpflichtet den Staat schließlich auch, den rechtlichen Schutzanspruch des ungeborenen Lebens im allgemeinen Bewußtsein zu erhalten und zu beleben. Deshalb müssen die Organe des Staates in Bund und Ländern erkennbar für den Schutz des Lebens eintreten. Das betrifft auch und gerade die Lehrpläne der Schulen. Öffentliche Einrichtungen, die Aufklärung in gesundheitlichen Fragen, Familienberatung oder Sexualaufklärung betreiben, haben allgemein den Willen zum Schutz des ungeborenen Lebens zu stärken; (..) Öffentlich-rechtlicher wie privater Rundfunk sind bei der Ausübung ihrer Rundfunkfreiheit (Art. 5 Abs. 1 GG) der Würde des Menschen verpflichtet (..) ihr Programm hat daher auch teil an der Schutzaufgabe gegenüber dem ungeborenen Leben.' ((1) Seite 19 BVerfG-Mehrheit - diese Sätze erinnern nicht von ungefähr an die britische Antihomosexuellengesetzgebung, die wohl auch als ein Bio-Machtkonzept zu fassen ist.)

Auch die Nichtgewährung von Sozialleistungen, d.h. die Ablehnung der Krankenkassenfinanzierung von Schwangerschaftsabbrüchen ((1) Seite 37 BVerfG-Mehrheit), verweist

auf den bewußten Einsatz dieser Leistungen als Instrumente der Macht.

Zum vom BVerfG vertretenen Biomachtkonzept gehört schließlich auch die Beobachtungspflicht und Kontrollpflicht des Staates ((1) Seite 34 BVerfG-Mehrheit) und die euphemistische Umschreibung der eugenischen Indikation als embriophatische. Dies alles dient der Kontrolle des Wachstums der Körper und der Bevölkerung.

In der modernen posttayloristischen Struktur der Gesellschaft scheint dieses Konzept zunehmend als überholt. Das Bewußtsein über die Zusammenhänge der Gesellschaft zerfällt, es entsteht das Bild einer partikularisierten Menge selbstreferentieller Systeme, die über Warentauschbeziehungen und kommunikative Netze verbunden sind. Negiert wird dabei der Hintergrund, d.h. die Grundlage, dieser Struktur, die Notwendigkeit der realen Existenz lebender Menschen und ausgeblendet werden bestimmte Teile der Reproduktion dieser Systeme. Wurden bisher die Tätigkeiten und Generativität von Frauen als Naturressource angeeignet, so wird jetzt dieser Zusammenhang negiert. Frauen haben die Wahl zu geschlechtslosen Männern zu mutieren²³, oder in der Negie-

²³ Wolfgang Hegener spricht in diesem Zusammenhang vom Mannequin als dem kleinen Phallus als dem Vorbild der entgeschlechtlichten Selbstkonstruktion; *'Der ganze Körper, vor allem aber der Frau, wird zum phallischen Bild, vom phallus be- und durchsetzt. Das Modellfall, der ideale Körper hierfür ist das Mannequin. "Schon das Wort sagt es: Mannequin, kleiner Mann - Kind oder Penis - in diesem Fall ist es der eigene Körper, den die Frau mit einer raffinierten Manipulation, mit einer starken, nie versagenden narzistischen Disziplin handhabt. Dieser perverse Vorgang, der aus ihr und ihrem sakralisierten Körper einen lebenden Phallus macht, ist zweifellos die wirkliche Kastration der Frau. Kastriert sein, bedeutet von*

rung, als Randexistenz die Subsistenz der Gesellschaft zu sichern. Da dieser Rand, als das Ausgegrenzte der Gesellschaft, gerade mitten in ihr liegt, ist eine Verortung eines gesellschaftsverändernden Potentials auch in diesem Bereich verfehlt. Die Utopien sind ortlos geworden, das heißt aber auch, daß ihr Ort überall ist. Ein Beispiel hierfür zeigt der Aufbruch und das Scheitern der neueren sozialen Bewegungen in Süd- und Mittelamerika. Das Scheitern dieser Bewegungen basiert, sehr verkürzt, auf der sehr schnellen Reintegration der Bewegungen in bestehende Machtstrukturen. Das Hineinreichen ausdifferenzierter Strukturen in alle, auch Teilbereiche, der Gesellschaft verhindert die Herausbildung von Strukturen von Gegenmacht ((4) Seite 19). Slums sind keine herrschaftsfreien Räume, sie sind aber auch nicht durch und durch herrschaftskonform.

Das Sexualitätsdispositiv Mutterschaft wird somit einmal durch die Lebensentwürfe von Frauen konterkariert, gleichzeitig steht es aber der kommerziellen Verwertung der (Frauen)körper in der Gen- und Reproduktionsindustrie und pornographischen Industrie entgegen und der vollständigen Negation.

Die Problematik ist in der feministischen Diskussion schon länger bekannt. In einem Artikel für die Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis schreibt Anna Dorothea Brockmann:

phallischen Substituten verdeckt zu sein." ((11) Seite 18 - das Zitat, auf das sich Wolfgang Hegener hier bezieht, stammt von J. Baudrillard, 1982)

Babara Duden hat in einer Veranstaltung am Institut für Soziologie auf das Problem hingewiesen, daß im bestehenden Kontext mit der Dekonstruktion der Körper auch die Frau verschwindet.

'Der Entwurf eines Bildes von selbstbestimmtem Leben als Frau wird durch die jüngste Entwicklung in der Reproduktionsmedizin, durch die technisierte Herrstellung von Schwangerschaften ebenso wie durch deren Überwachung mit Pränataler Diagnostik herausgefordert, in unerwartete Widersprüche verwickelt und ist in seinen individualisierenden Grenzbeziehungen fragwürdig geworden. ((8) Seite 105) (..) die Implikation des Selbstbestimmungskonzepts, das die Subjektwerdung auf Körperbeherrschung stützt (bringt) Selbstbestimmung so in eine prekäre Gratwanderung zwischen befreienden und repressiven Momenten der Körper-Selbst-Kontrolle (..) ((8) Seite 109)

Zwar scheint auch dort im BVerfG-Urteil, wo auf die Mutter primär als zu kontrollierende Gebärmaschine rekurriert wird, bereits ein Bruch mit dem Sexualitätsdispositiv Mutterschaft durch, es wird aber versucht, durch einen Rückgriff auf Disziplinarmacht diesen Auflösungsprozess zu stoppen. Aus dieser doppelten Bewegung ergeben sich bezüglich der Körper- und Sexualitätspolitik für Frauen widersprüchliche Interessenslagen.

Die Positionen des BVerfG scheinen in diesem Licht überholt. Es bleibt aber zu berücksichtigen, daß gerade die gesellschaftlichen Strukturen entlang der Geschlechterbeziehungen von Ungleichzeitigkeiten geprägt sind.

'Die Verteilung gesellschaftlicher Arbeitskraft zeigt die Grenzlinien systematischer Diskriminierung zwischen den Geschlechtern (..). Heute scheint es jedoch so, als hätten

sich nicht nur die realen Lebensverhältnisse, sondern zunehmend auch die subjektiven Orientierungen von Frauen über alle Schichten hinweg von den Geschlechterstereotypen und der sie integrierenden Ideologie weiter entfernt. Bei näherer Betrachtung zeigt sich jedoch eine entscheidende Differenz: Es sind eher die Weiblichkeitsstereotype, die an Realitätsgehalt verloren haben und irrealer, phantastischer geworden sind. (..) Frauen "wissen" (implizit), daß sie mehr / anders sind, mehr / anderes machen, mehr / anderes können als das, was ihnen gesellschaftlich als ihr "Sein", ihr "Tun", ihr "Vermögen" gespiegelt wird. Dieses "Wissen" von sich selbst kann einer der inneren Kristallisationskerne von Autonomie sein, es ist bezogen auf die Selbsterfahrung von "Nicht-Identität".' ((12) Seite 299 /301 / 302)

Das heißt die Widersprüche, die sich ergeben, richten sich zwar zum nicht unbeträchtlichen Teil gegen die Frauen und feministische Politiken, die auf diese Art und Weise in der Zange immer wieder zur Rekonstruktion patriarchaler Herrschaft instrumentalisiert werden können. Die Widersprüche bieten aber auch Ansätze für Widerstand gegen Herrschaftsverhältnisse²⁴.

Das Ausgegrenzte gewinnt auch an anderer Stelle Realität, im Unterbewußten, in der (männlichen) Negation des eigenen

²⁴ Gerade auch individuell ergibt sich aus widersprüchlichen Anforderungen sowohl die Möglichkeit von Prozessen der Bewußtwerdung über gesellschaftliche Verhältnisse wie auch unterschiedliche Möglichkeiten, sich in der Realität zu konstituieren. Diesen Prozeß der individuellen Vergesellschaftung versuchen, z.B. Frigga Haug u.a. mit der Methode der kollektiven Erinnerungsarbeit aufbauend auf der marxistischen Theorie und der kritischen Psychologie empirisch zu erfassen um damit Ansätze der politischen Handlungsfähigkeit zu gewinnen. ((13))

Geborensens, und in den daraus resultierenden psychischen Strukturen.

Eine Argumentationsfigur, die sich im BVerfG-Urteil wiederfindet, rekurriert gerade auf diese Strukturen, sie basiert auf dem Mythos von der guten und der bösen Mutter. Die Psychoanalytikerin und Marxistin Marie Langer hat in einem Essay zur propagandistischen Wirkung der öffentlichen Bilder von Eva Peron diesen modernen Mythos genauer dargestellt. Wenn wir hier auf die Psychoanalyse rekurrieren, dann nicht im Sinne einer zeitlosen und vom gesellschaftlichen Umfeld unabhängigen Wahrheit. Die Psychoanalyse faßt aber für uns sehr genau bestimmte Elemente psychischer Entwicklungen in der bürgerlichen Gesellschaft, in diesem Sinn rekurrieren wir auf die von Marie Langer beschriebenen Grundlagen dieses Mythos.

'Die Psychoanalyse - insbesondere die englische Schule (damit ist Melanie Klein gemeint) - hat gezeigt, daß neben der guten auch die andere, die schreckenerregende Muttermagie in uns ist: das Bild der Mutter, die zerstört, tötet, ihr Kind verschlingt.' ((5) Seite 19) Die psychoanalytische Erklärung sparen wir hier aus, sie ist in dem zitierten Aufsatz und in verschiedenen psychoanalytischen Schriften nachzulesen. Das Bild der guten und der schreckenerregenden Mutter wurde in Argentinien in der Zeit der peronistischen Diktatur auf die kranke Eva Peron übertragen. *'Unter den Müttern des Nordviertels von Buenos Aires - ein absolut antiperonistisches Viertel - warnte man sich gegenseitig davor, die Kinder in Krankenhäuser oder Ambulanzen zu bringen. Das sei*

gefährlich: Eva brauche, um gesund zu werden, frisches junges Blut, und so habe sie befohlen, daß man ihr das Blut der Kinder zum Trinken gäbe.' ((5) Seite 40/41) Gleichzeitig sahen die peronistischen Massen in ihr *'die nie versiegende Mutterbrust'* ((5) Seite 38) bzw. zu Zeiten ihrer Krankheit die Märtyrerin, Heilige ((5) Seite 40).

Die hier erwähnten Bilder finden sich in der Betonung der Gefährdung des *'Ungeborenen'* durch die Mutter auch im BVerfG-Urteil wieder.

'Die Verfassung verspricht dem noch in jeder Weise von der Mutter abhängigen Ungeborenen Schutz auch dieser gegenüber.' ((1) Seite 24 BVerfG-Merheit)

'die besondere Verbindung von Mutter und ungeborenen Leben, die für dieses Schutz bedeutet, aber auch Gefahr bringen kann' ((1) Seite 24 BVerfG-Merheit)

'Damit ist nicht gesagt, daß nach fachkundiger und individueller Beratung nur noch die Frau ihre Schwangerschaft abbricht, die sich in einem Konflikt solchen Ausmaßes befindet, daß ihr das Austragen des Kindes nach den oben dargelegten verfassungsrechtlichen Maßstäben unzumutbar ist. Dies würde die Lebenswirklichkeit verkennen, in der Männer wie Frauen vielfach ihre Lebensvorstellungen überbewerten und diese auch dann nicht zurückzustellen bereit sind, wenn es bei objektivem Nachvollziehen ihrer individuellen Lebenssituation zumutbar erscheint.' ((1) Seite 21 BVerfG-Merheit)

'Rechtlicher Schutz gebührt dem Ungeborenen auch gegenüber seiner Mutter.' ((1) Seite 1 BVerfG-Merheit)

Die psychoanalytischen Erklärungen Marie Langers sind auf diese Argumentationen übertragbar.

Im Rekurs auf die beiden hier dargestellten Argumentationsfiguren ist auch die propagandistische Wirkung des BVerfG-Urteils und der mit ähnlichen Figuren arbeitenden Argumentationen der CSU nicht zu unterschätzen. Die psychoanalytischen Mythen sind eine der Grundlagen der politischen Massenpsychologie.

Quellenhinweise

- (1) 'Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zum Schwangerschaftsabbruch vom 28. Mai 1993' - in: Juristen Zeitung Sonderausgabe - Tübingen 1993
- (2) Michel Foucault - 'Der Wille zum Wissen' (*Sexualität und Wahrheit, Band 1*) - Frankfurt am Main 1977
- (3) Saskia Sassen - 'Wirtschaft und Kultur in der Global City' - in: Forum Wissenschaft 2/95 - Marburg Juni 1995
- (4) Gerd Beszent - 'Der Niedergang der sozialen Bewegungen in Chile und Mexiko-Dokumentation einer Niederlage' - in: ak 384/95 (*der Artikel bezieht sich auf das Buch: - Ingo Bultmann / Michaela Hellmann / Klaus Meschkat / Jorge Rojas (HG.) - Demokratie ohne soziale Bewegung-Gewerkschaften, Stadtteil- und Frauenbewegung in Chile und Mexiko - Bad Honnef 1995*) - Hamburg, November 1995
- (5) Marie Langer - 'Das gebratene Kind und andere Mythen' - Freiburg im Breisgau 1987 (*dt. Übersetzung und überarbeitete Fassung / 1. Auflage Buenos Aires 1957*)
- (6) CSU - 'Ansbacher Erklärung der CSU' - Ansbach 13. Juli 1991 (*verabschiedet vom Parteiausschuß*)
- (7) agisra (HG.) (*Arbeitsgemeinschaft gegen internationale sexuelle und rassistische Ausbeutung*) - 'Frauenhandel

und Prostitutionstourismus eine Bestandsaufnahme' - München 1990

- (8)** Anna Dorothea Brockmann - 'Mein Bauch gehört mir?' - in: beiträge zur feministischen theorie und praxis 24/89 - Frankfurt 1989
- (9)** Joachim Hirsch / Roland Roth - 'Das neue Gesicht des Kapitalismus' - Hamburg 1986
- 10)** A SEED Europe Office (HG.) - 'Europa im Abbruch' - Amsterdam 1993/1994
- (11)** Wolfgang Hegener - 'Das Mannequin' - Tübingen 1992
- (12)** Gudrun-Axeli Knapp - Arbeitsteilung und Sozialisation: Konstellation von Arbeitsvermögen und Arbeitskraft im Lebenszusammenhang von Frauen' - in: Ursula Beer (HG.) - 'Klasse Geschlecht' - Bielefeld 1987
- (13)** Frigga Haug - 'Erinnerungsarbeit' - Hamburg 1990
- (14)** Görres Gesellschaft (HG.) - Staatslexikon - Freiburg 1987

Bemerkungen

[1] 'Seit der Frühzeit lebt im Abendland die Idee eines Rechtes, das sich nicht menschlicher Autorität verdankt, vielmehr aller Setzung und Vereinbarung enthoben ist und das für jede Rechts- und Staatsinstanz, insbes. den Gesetz- und Verfassungsgeber, unbedingte Verbindlichkeit beansprucht; die vorpositiv und überpositiv gültige Rechtsidee hat nämlich die Bedeutung eines sittlichen Fundamentes und Maßstabes. (..) Als Instanz der Legitimation und Limitation, mithin als Grund und Maß für eine gerechte Rechts- und Staatsordnung wird im Naturrechtsdenken die Natur beansprucht. (..) Das Naturrecht erscheint außerdem als Bedingung der Möglichkeit universaler Kommunikation. Es umspannt eine Gemeinsamkeit anthropologischer Konstanten (Sprachlichkeit, **Geschlechtlichkeit**, u.a.) durch alle geschichtlichen Brechungen hindurch.' ((14) Seite 1296 / 1298 / 1310 - Hervorhebung durch uns) Das Naturrecht bildet insbesondere die Grundlage der katholischen Moraltheologie.